



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 42.

Berlin, den 13. Januar 1918.

12. Jahrgang.

Der Passionsweg des Friedens.

Berlin, den 8. Januar 1918.

Stationen.

Aus dem Osten erschallt seit dem 7. November 1917 ein lauter Ruf: **Macht Frieden!** Er richtet sich an die Regierungen, noch mehr aber an die Völker. Die Rufenden sind die Herolde eines 150 Millionen-Volkes, das Frieden haben will, Frieden haben muß. Die Regierungen und ihre Geheimdiplomatie aber stellen sich geschäftig in den Vordergrund und verhalten sich dem Friedensangebote des russischen Volkes gegenüber entweder ablehnend oder scheinbar entgegenkommend, je nachdem es ihnen ihre kriegerischen und imperialistischen Pläne zu durchkreuzen oder zu fördern scheint. Das russische Proletariat wünscht nichts sehnlicher, als mit seinen Klassen- und Leidensgenossen der anderen Länder an die Schaffung eines allgemeinen Friedens gehen zu können, der, aufgebaut auf den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie, Dauer und den Anbruch einer neuen, besseren Zeit gewährleistet. Aber große Proletariatsmassen stehen noch zu sehr im Banne und unter dem Druck ihrer imperialistischen Regierungen.

Das ist, wenn man unbeeinflusst von den Wirrnissen rasch dahineilender Tagesereignisse, von dem Durcheinander der Zeitungsstimmen und Parteimeinungen und von den diplomatischen Friedensdeklamationen der Regierungen den bisherigen Verlauf der russischen Friedensoffensive betrachtet, der wahre Stand der Dinge. Der Friede, der den Völkern das Ende des Weltringens und Erlösung bringen soll, hat noch einen langen Passionsweg, einen langen Leidensweg zurückzulegen, der um so länger und peinvoller wird, je stumpfer, je teilnahms- und verständnisloser die Völker seinem Kommen entgegenharren. Schon die ersten Leidensstationen, die der Frieden zurücklegen mußte, sprechen da eine sehr eindringliche Sprache.

* * *

Die russische Volksregierung hat ihre Beauftragten nach Brest-Litowsk gesandt in der festen Absicht, die dortigen Verhandlungen in Richtung auf einen allgemeinen, demokratischen Frieden zu betreiben. Kluge Leute kommen immer wieder mit dem Gemeinplatz, daß in der Politik nicht die Absichten, sondern die realen Tatsachen und der Erfolg ausschlaggebend sind. Damit ist aber nach unserer Ueberzeugung gegen das Vorgehen der Bolschewiki-Regierung gar nichts gesagt. Gerade die realen Tatsachen zwingen ihr ihre Friedensoffensive auf. Die Bolschewiki mußten als internationale Sozialisten Todseinde des imperialistischen Weltkrieges sein, sie mußten als Revolutionäre die verhängnisvolle Kriegserbschaft des gestürzten, verbrecherischen Systems liquidieren, sie mußten als Politiker und Volkswirtschaftler bestrebt sein, ihr Land und Volk aus dem politischen und ökonomischen Chaos herauszuführen. Wie lange hätten sie mit ihrem Friedensvorstoß warten sollen? Bis die eine oder die andere imperialistische Mächtegruppe den zerschmetternden Endsieg errungen hätte? Oder bis der Krieg infolge allgemeiner Entkräftung in Blut und Schlamm erstickt wäre? Oder bis das Proletariat der anderen Länder aus seiner Lähmung erwacht wäre? Ach, dieses Erwachen ging so langsam vor sich, daß die russische Revolution, wenn sie sich darauf verlassen wollte, schon längst durch die Offensivstöße des äußeren Gegners und durch die meuchlerischen Dolchstiche der Gegenrevolution im Innern zur Strecke gebracht worden wäre. Gerade die Friedensoffensive der Bolschewiki hat überall erst bewirkt, daß die proletarischen Kräfte sich regen.

Es ist nicht Schuld der Bolschewiki, wenn sie sich in Brest-Litowsk mit Männern an den Verhandlungstisch setzen mußten, denen Demokratie und Sozialismus, und nun gar revolutionärer Sozialismus wenig sympathische Dinge sind, mit Männern, die mit allen Tinkturen der aristokratischen Geheimdiplomatie gewaschen sind. Unter solchen Umständen kann der Frieden, den die ganze Welt braucht, sich nur mühsam und unter Schmerzen seinen Weg bahnen. Und die Leidensstationen, die er bisher zurücklegen mußte, beweisen, wie berechtigt unsere Warnungen vor allen Friedensillusionen waren.

Da es für viele Arbeiter nicht leicht ist, sich in dem diplomatischen und politischen Durcheinander der letzten Wochen zurecht zu finden, seien die wichtigsten Stationen, die die Friedensfrage bisher durchschritten hat, hier kurz angeführt:

Am 22. Dezember traten die Vertreter der Bolschewiki-Regierung unter der Führung des Genossen Joffe mit den diplomatischen Vertretern der Mittelmächte in Brest-Litowsk zusammen. Die Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs-Ungarns, Herr von Kühlmann und Graf Czernin, nahmen an den Verhandlungen teil. Die Russen legten ein Programm vor, dessen sechs Punkte wir in der vorigen Nummer mitgeteilt haben. Dieses Programm entspricht durchaus den Friedensgrundsätzen des internationalen Sozialismus und den Anschauungen, die die Bolschewiki in der Friedensfrage stets vertreten haben. Es beschränkt sich nicht auf die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten, sondern enthält alle Grundsätze, die für einen allgemeinen Frieden in Betracht kommen.

Am 25. Dezember gaben die Vertreter der Mittelmächte, nachdem sie einige Tage unter sich beraten haben, eine gemeinsame Antwort, in der mehrmals in allgemeiner Form die Bereitschaft zu einem allgemeinen, für alle Teile ehrenvollen Frieden ohne gewaltsame Eroberungen ausgesprochen wird. Darauf verlangen die Russen eine Frist von 10 Tagen, um nochmals an die Regierungen und Völker der Entente zu appellieren und sie zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen aufzufordern. Die Vertreter der Mittelmächte schloßen sich zwar der Aufforderung nicht an, sind aber mit einer zehntägigen Unterbrechung der Verhandlungen einverstanden; die allgemeinen Verhandlungen sollen am 4. Januar wieder aufgenommen werden. In der Zwischenzeit sollen Spezialfragen behandelt werden, die nur die Mittelmächte und Rußland angehen.

In der Hauptsache beziehen sich diese Spezialfragen auf das künftige Geschick von Kurland, Litauen und schließlich auch Polen. Diese Länder waren Bestandteile des russischen Reiches und sind jetzt von den Mittelmächten militärisch besetzt. Die Russen verlangen nicht, daß Kurland, Litauen usw. wieder dem russischen Reich einverleibt werden, sie fordern vielmehr, daß nach dem demokratischen Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker die Bevölkerung dieser Länder in freier, unbeeinflusster Abstimmung darüber zu entscheiden hat, ob sie russisch oder deutsch oder selbständige Staatengebilde sein wollen. Es sei daran erinnert, daß vor ein paar Monaten die Nachricht durch die Presse ging, daß die deutsche und die österreichische Regierung übereingekommen seien, daß der deutsche Kaiser Herzog von Kurland und Großfürst von Litauen, der österreichische Kaiser

Karl aber König von Polen werden sollte, wodurch diese Länder in direkte Abhängigkeit von Deutschland und Oesterreich gelangen würden. Letzten Endes wäre dies eine unverhüllte gewaltsame Eroberung.

Am 28. Dezember geben die Vertreter der Mittelmächte dem Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker eine recht eigenartige Auslegung. Sie erklärten, daß Kurland, Litauen usw. schon ihren Willen ausgesprochen hätten. In den russischen Ostseeprovinzen gibt es eine ganz dünne deutsche Oberschicht, Grundadel und städtische Bourgeoisie, ungefähr 7 Proz. der Gesamtbevölkerung, die durch einen Anschluß an das Deutsche Reich ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung über die große Masse der eigentlichen, bodenfälligen Bevölkerung zu stärken hoffen. Aus diesen deutscher Adels- und Bourgeoisiekreisen sind Körperschaften gebildet worden, an deren Zustandekommen die große Masse der Bevölkerung nicht den geringsten Anteil hatte. Die Vertreter der Mittelmächte verlangten aber, daß die Kundgebungen dieser „Staatsräte“ oder wie sie sonst genannt wurden, als Ausdruck des allgemeinen Volkswillens anzuerkennen seien. Die Russen verlangten aber eine wirkliche, demokratische Volksabstimmung und, damit eine solche völlig unbeeinflusst vor sich gehen könne, die vorherige militärische Räumung des Landes. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk waren damit auf einem toten Punkt angelangt, die Unterhändler reisten in ihre Heimat, um mit ihrer Regierung Rücksprache zu nehmen.

* * *

Zwischenspiel in Deutschland.

Die alldeutschen Eroberungspolitiker und die hinter ihnen stehenden einflussreichen Kreise hatten die Verhandlungen von Brest-Litowsk mit sehr gemischten Gefühlen begleitet. Mit einem Sonderfrieden mit Rußland waren sie ganz einverstanden, hofften sie doch dadurch für ihre Zerschmetterungs- und Annexionsabsichten im Westen freie Hand zu bekommen. Aber sie verlangten, daß die Vertreter der Mittelmächte in Brest-Litowsk als selbstbewußte Sieger auftreten sollten, die weiter nichts zu tun hätten, als von den Russen die Anerkennung der Annexion von Kurland, Litauen und Polen zu verlangen. Es war ihnen ein Grauel, daß die deutschen Diplomaten sich — wie die „Deutsche Tageszeitung“ sehr hübsch sagte — mit „einer Veteranin der Zwangsarbeit und ihren Schicksalsgefährten von hohen anarchistischen Gnaben“ über den demokratischen Unsinn vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auseinandersetzen. In ihrem fanatischen „Schwertwillen“ wollten die deutschen Eroberungspolitiker nicht sehen, daß ihre Diplomaten auf Umwegen genau das selbe erreichen wollten, was sie wünschten. In der alldeutschen Presse konservativer und liberaler Couleur ging ein Enttäuschungsturm los, in den Ortsgruppen der Vaterlandspartei wurden Kundgebungen gegen Brest-Litowsk fabriziert und eine Unmenge Äußerungen einflussreicher Persönlichkeiten wurden bekannt gegeben, aus denen alles andere als die Bereitschaft zu einem allgemeinen Frieden und zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker herauszuhören war, während zu gleicher Zeit die Diplomaten der Mittelmächte allerlei schöne Worte über diese bedeutenden Dinge machten.

Am 2. Januar spielten sich in den ausschlaggebenden Regionen Berlins wichtige Vorgänge ab, von deren Verlauf die breite Öffentlichkeit

leit natürlich nur wenig erfährt. Die Generale v. Hindenburg und Ludendorff kommen aus dem Großen Hauptquartier zum Vortrag beim Kaiser. Wir wollen wiedergeben, was die „Deutsche Tageszeitung“ darüber Interessantes zu sagen hatte:

„Vortrag General Hoffmanns beim Kaiser, Hindenburg und Ludendorff in Berlin, der Reichskanzler, Hindenburg und Ludendorff, Graf Hödern und Dr. von Kühlmann beim Kaiser in Audienz. Diese kurzen, vom 2. Z. B. in drei Abteilungen weitergegebenen Nachrichten besagen, daß Dinge von außerordentlicher Tragweite zur Beratung stehen. Hindenburg und Ludendorff kommen nicht aus dem Hauptquartier, wenn es sich um Fragen von alltäglicher Bedeutung handelt. Das hat ihre Anwesenheit bei dem Kronrat im September bewiesen. Das beweist ihr festes Hiersein.“

Im September standen die Fragen im Westen im Vordergrund des Interesses, und es war eine sehr gewichtige Stimme, die damals den Ausschlag dafür gab, daß nicht deutsche Lebensnotwendigkeiten dem Wahne einer Verständigung mit England geopfert wurden. Das deutsche Volk weiß, wem es die Entscheidung im September zu danken hat, und weiß Dank dafür.“

Wir wollen uns nicht mit der „Deutschen Tageszeitung“ darüber auseinandersetzen, ob die große Masse des deutschen Volkes wirklich so dankbar dafür ist, daß es schon vor fünf Monaten vor der „Gefahr“ des Weltfriedens bewahrt worden ist. Darüber mag sich jeder Leser selbst sein Urteil bilden.

Am 3. Januar kann sich endlich die berufene Vertretung des deutschen Volkes, der deutsche Reichstag, mit der brennendsten, weltgeschichtlichen Frage des Friedens beschäftigen. Nicht in seiner Gesamtheit. Zur Einberufung des Reichstags können sich in dem demokratischen Ideallande Deutschland weder Regierung noch bürgerliche Parteien entschließen. Es ist der Hauptausschuß, der in seiner sitzgepolsterten Klaufur entgegennimmt, was ihm eine höchstwohlweise Regierung über den Stand der Friedensverhandlungen mitzuteilen für gut hält. Die Sitzung vom 3. Januar verlief nicht sonderlich aufregend. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes machte belanglose Ausführungen über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk, die Herren Erzberger und David sprachen allerlei über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, während der Reichskanzler in den paar Sätzen, die er sprach, auf die Möglichkeit von „Zwischenfällen“ hinwies. Es sollten denn auch keine 24 Stunden vergehen, bis ein solcher „Zwischenfall“ eintrat.

Der 4. Januar war ein kritischer Tag erster Ordnung für den Frieden. Den Auftakt der Sitzung gibt Graf Westarp als Sprecher der Macht- und Eroberungspolitiker. Er drückt sein Mißfallen über die entgegenkommende Erklärung an die russische Regierung aus. Zum Glück sei die „Gefahr“, daß die Entente sich den Friedensverhandlungen anschließen, überwunden. Von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker wollte Graf Westarp natürlich nichts wissen. Er verlangt, daß die Lage im Westen ausgenüht werde und alle Gebietserwerbungen, Entschädigungen und Beschränkungen der Gegner zur Folge haben müsse. Graf Westarp konnte seinen Annexions-Wunschzettel nicht vollständig zum Vortrag bringen, denn der Reichskanzler Graf Hertling hatte dem Ausschuß einige sensationelle Mitteilungen zu machen. Er teilte mit, daß die Russen verlangt hätten, daß die Friedensverhandlungen nicht in Brest-Litowsk, sondern in Stockholm weiter vor sich gehen sollten. Darauf könne die deutsche Regierung nicht eingehen. Weiter teilte der Reichskanzler mit, die Russen hätten die deutsche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der besetzten Gebiete abgelehnt, sie sähen darin ein illoyales Vorgehen der deutschen Diplomaten, um den russischen Forderungen auszuweichen. In Brest-Litowsk seien Vertreter der Ukraine eingetroffen, mit denen direkt und allein verhandelt werden solle.

Nach dieser Erklärung vertagte sich der Hauptausschuß. Die Parteien wollten zu dieser neuen, überraschenden Sachlage Stellung nehmen.

Im Lager der Macht- und Eroberungspolitiker herrscht jetzt eitel Freude. Sogar der Generalissimus der Vaterlandspartei, Herr von Tirpitz, war mit der Wendung der Dinge sehr zufrieden. Er sandte an den Reichskanzler ein Telegramm, in dem er die völlige Uebereinstimmung der Vaterlandspartei mit der Haltung der Regierung in bezug auf „die deutschen Notwendigkeiten im

Osten“ feststellte. Tatsächlich konnten die deutschen Friedensgegner auch einen großen Triumph buchen. Die Reichstagsmehrheit, darunter vor allem der Regierungssozialismus, die sich und das Volk immer mit der Illusion zu täuschen suchte, daß die Mittelmächte mit beiden Füßen auf dem Boden jener berühmten Friedensresolution vom 19. Juli ständen, hatte einen Faustschlag ins Gesicht erhalten. Das hat die bürgerlichen Mehrheitsparteien nicht gehindert, im Ältesten-Ausschuß gegen einen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf sofortige Einberufung des Reichstages zu stimmen. Die Herren verzichteten darauf, ihren angeblichen Kampf um den allgemeinen Frieden auf eine breite demokratische Basis zu stellen. Es ist das kein Wunder, denn ihre Klugheit in der Frie-



Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druß erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

An die Bezieger des Mitteilungsblatt!

Die Bezieger des Mitteilungsblatt werden dringend ersucht, alle Bestellungen und Geldsendungen, die für das Mitteilungsblatt bestimmt sind, nur an die persönliche Adresse des Kassierers

Bisch. Herbst, Berlin O27, Schicklerstr. 5, zu richten. Alle anderen Adressierungen wie „An den Verband“, „An das Mitteilungsblatt“ oder an „Adolf Hoffmann“ haben mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu rechnen.



densfrage würde dadurch noch mehr bloßgestellt werden. Sind doch sowohl im Zentrum wie bei den Fortschrittlichen die Anhänger eines allgemeinen demokratischen Friedens in einer hoffnungslosen Minderheit, während ein Teil sich offen zur Annexionspolitik und Schwereentscheidung bekennt, ein anderer aber mit diplomatischen Intriguen versteckte Annexionen im Osten machen möchte, wie aus so mancher Äußerung der „Germania“, der „Frankfurter Zeitung“ usw. hervorgeht. Aber noch heute hält der Regierungssozialismus sein Bündnis mit diesen unsicheren Kantontenisten aufrecht.

Am 5. Januar machte der Vertreter des Auswärtigen Amtes die Mitteilung, daß die russischen Vertreter am 4. Januar nicht in Brest-Litowsk eingetroffen seien, daß man aber dort mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandelt habe. Er verlas aber ein Telegramm, nach dem die Russen mit Trozki doch noch nach Brest-Litowsk kommen wollten. Außerdem legte er nochmals Verwahrung gegen die Vorwürfe der Russen ein und erklärte, daß der Standpunkt des Reichskanzlers zum Selbstbestimmungsrecht unverändert bleibe. Zwischen der Darstellung der deutschen Regierung über die Differenzen vom 28. Dezember

und den Schilderungen der Russen, wie sie in der neutralen Presse veröffentlicht worden sind, klafft ein Widerspruch, der bis zur Stunde nicht geklärt ist. Sicher ist nur soviel, daß die Russen unter keinen Umständen dem deutschen Imperialismus, auch wenn er mit diplomatischen Samthandschuhen zupacken will, Konzessionen machen wollen. Die Frage des Kongressortes, die von dem Reichskanzler in den Vordergrund geschoben wurde, kommt jedenfalls erst in zweiter Linie. In dieser Sitzung des Hauptausschusses machte Herr Scheidemann den krampfhaften Versuch, den Reichskanzler auf die Friedensresolution vom 19. Juli und auf die deutsche Antwort zur Papstnote festzulegen. Ferner gab er die feierliche Erklärung ab, daß seine Partei unverbrüchlich an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker festhalte. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien hielten es aber für zweckmäßig, auf die Erörterung der brenzlichen politischen Fragen nicht weiter einzugehen, obwohl nach Scheidemann auch Genosse Haase dagegen protestiert hatte, daß diese wichtigen Fragen von der Tagesordnung des Ausschusses abgeseht wurden.

Am 6. Januar verbreitet Wolffs Telegraphenbüro ein bezeichnendes Dementi. Es teilte mit, daß General Ludendorff kein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Einige Zeitungen hatten nämlich behauptet, daß dieser General mit dem Gange der diplomatischen Verhandlungen nicht einverstanden sei, er wolle „die Feder nicht verderben lassen, was das Schwert errungen habe“. Zu diesem Thema machte der in den Kulissen-geheimnissen gut bewanderte Exsozialist und Verlagsdirektor bei Ullstein, Georg Bernhard, in der „Kosm. Ztg.“ einige recht interessante Bemerkungen. Er sagte u. a.:

„Wir möchten nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Verantwortung derjenigen, die tatlos einer weiteren Fortsetzung der Kühlmannschen Politik zusehen, überaus groß ist. Sie sind vielleicht im Augenblick selbst noch nicht der ganzen Tragweite ihrer Verantwortung bewußt. Aber es können sehr leicht schon in den nächsten Stunden sich Verwicklungen ergeben, die das deutsche Volk vor eine der schwersten Schicksalsfragen stellt, die im Laufe des Krieges zu lösen gewesen sind. Wir müssen immer darauf bedacht sein, daß, wie auch immer die Verhandlungsmethoden in Brest-Litowsk sich gestalten, auch ein negativer Ausgang möglich ist, namentlich nachdem die Dinge durch die bisherigen Vorkommnisse recht schwierig gestaltet worden sind. Dann werden die militärischen Dinge wieder im Vordergrund der Ereignisse stehen.“

Es wird dann eben, wie schon oft, auch nachher die Aufgabe der Obersten Heeresleitung sein, mit dem Schwert eine verfahrenere politische Situation zu retten. Aber man sollte doch auch bedenken, daß denen, die hinterher immer zum Eingreifen gezwungen sind, einmal auch der Wunsch kommen könnte, daß ihrige dazu zu tun, zu verhindern, daß solche Situationen erst geschaffen werden.“

Es ist uns leider nicht möglich, den tieferen Sinn dieser Ausführungen näher darzulegen.

Das Friedensfiasco des Regierungssozialismus.

Der 28. Dezember und die darauffolgenden Januartage haben den völligen Zusammenbruch der bisherigen Friedenspolitik der Regierungssozialisten gebracht. Sie haben der Arbeiterschaft jahrelang vorerzählt, daß die alldeutschen Annexionisten nur eine hoffnungslose Minderheit seien, daß die Regierung durchaus den Forderungen eines „Scheidemannfriedens“ zustimme und dergleichen mehr. In Wirklichkeit haben sie durch ihre überschlaue Friedensdiplomatie den offenen und versteckten Eroberungspolitikern die Bahn geebnet, haben sich gegen das Doppelspiel der Regierung blind gestellt und alles gefördert und bewilligt, was man zur Fortsetzung des Krieges von ihnen verlangt hat. Sie haben selbst mit annexionistischen Gedanken getriebäugelt, verlangte doch selbst ein David in seinen Leitfäden vom 15. August 1915: „Das Zusammenfassen der eroberten russisch-polnischen Gebiete zu einem selbstständigen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbündeten Staatswesen.“ Was im Grunde auf dasselbe hinausläuft, was die Diplomaten jetzt in Brest-Litowsk zu erreichen suchen. Und mit ähnlichen regierungssozialistischen Äußerungen könnte man ganze Bände füllen; fällt doch auch der vom Parteivorstand protegierte Plan Raumanns und

Renner in bezug auf „Mitteleuropa“ mit in dieses Gebiet. Jetzt graut den Herrschaften aber vor ihrer Kriegspolizei. Die Arbeitermassen wollen einen Frieden auf der Grundlage der russischen Forderungen. Der Regierungssozialismus mußte zu der neuen in Brest-Litowsk geschaffenen Sachlage Stellung nehmen. So trat denn seine Reichstagsfraktion am 6. Januar zusammen und einigte sich nach stundenlanger Auseinandersetzung auf folgenden Beschluß:

„Angeichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturmes der Anexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Frieden nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung aller Völker.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie, vollkommen unabhängige Willensklärung garantiert wird. Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungskonform, aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Landesvertretungen oder Volksabteilungen überlassen bleiben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausschuß und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleielter Anexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Das klingt sehr mannhaft und entschlossen. Solange dieser papiernen Erklärung nicht auch wirkliche Taten folgen, schätzen wir sie nicht höher ein als die zahllosen bisherigen Friedensbellamationen des Regierungssozialismus. Im Interesse des Friedens und zum Wohle der gepeinigten Menschheit, der noch größere Blutopfer und Plagen drohen, möchten wir wünschen, daß die Entschiedenheit und Entschlossenheit des Regierungssozialismus endlich einmal in Erscheinung träte, aber nicht bloß in ein paar auf Arbeitertäuschung berechneten Stampfer-Artikeln. Das nächste wäre, daß der Regierungssozialismus sich mit einem energischen Ruck aus den Armen seiner bürgerlichen Bloßfreunde risse, die alle geschlossen hinter der Hertling-Regierung stehen und offene oder versteckte Gegner eines allgemeinen Friedens sind. Solange der Regierungssozialismus aber an den Hochschößen dieser bürgerlichen Parteien hängt, solange haben wir alle Ursache, seine gegenwärtige starke Friedensgeste für unehrliche Renommisterei zu halten und den Arbeitern klar zu machen, daß sie sich auf die Friedensarbeit der Scheidemänner nicht verlassen dürfen.

Von den Verhandlungen in Petersburg.

Bei Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk war eine Kommission gebildet worden, die in Petersburg deutsch-russische Sonderfragen erledigen sollte, so den Austausch von Kriegsgefangenen und die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen. Ueber die Verhandlungen der Kommission ging durch die neutrale Presse nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur vom 1. Januar eine Darstellung, der wir nach dem „Berl. Tageblatt“ folgendes entnehmen:

Bei der ersten Begegnung zwischen den deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Delegierten, die von der Besserung der Lage der Gefangenen handeln sollte, habe der Delegierte Radek im Namen der russischen Delegation erklärt, daß die derzeitige russische Regierung zu ihrem Bedauern erfahren habe, daß deutsche Friedensfreunde, unabhängige deutsche Sozialdemokraten, in der letzten Zeit Widerwärtigkeit schwerer Art zu ertragen hätten; daß die deutsche Regierung ferner einen polnischen und einen lettischen Sozialdemokraten, weil sie für den Frieden agitierten, in Schutzhaft genommen habe. Die russischen Delegierten erwarten mit Bestimmtheit, daß mit Hilfe der deutschen Delegierten diese Maßnahmen geändert würden, so daß den oben erwähnten Vertretern der pazifistischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Gesinnung Gelegenheit gegeben werde, an dem gemeinsamen Werke mitzuarbeiten.

Namens der deutschen Delegierten habe Graf Mirbach erwidert: Es sei von vornherein festgelegt worden, daß die Delegationen keinen politischen Charakter tragen sollten. Was aber Herr

Radek namens der russischen Delegation vorgebracht habe, sei ausgesprochen politischen Inhalts und in dieser Hinsicht von großer Tragweite. Die deutsche Delegation wisse von diesen Vorkommnissen nichts und könne auch in dieser Angelegenheit eine Antwort nicht erteilen.

Dann teilte sich die Konferenz in zwei Abteilungen, eine wirtschaftliche und eine für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen. In der wirtschaftlichen Kommission, die am 1. Januar ihre erste Zusammenkunft abhielt, schlugen die Russen vor, einen Unterausschuß zur Erleichterung des Postverkehrs der Kriegsgefangenen einzusetzen. Ferner beantragten sie, die amtlichen Mitteilungen der Telegraphenbüros unmittelbar auszutauschen und einen Plan für die Heimsendung der Kriegsgefangenen auszuarbeiten.

Die deutsch-österreichisch-ungarische Delegation beantragte die Einsetzung einer Kommission, die die Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen untersuchen sollte. Im Namen der russischen Delegation erklärte Radek, daß in der Situation, die durch die von den Deutschen gemachten Friedensvorschlüsse geschaffen sei, keine Rede vom Zustandekommen einer Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse sein könne, außer insoweit es sich um die Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen handle.

Schließlich seien drei Kommissionen gewählt worden: für Telegraphie, Post- und für Eisenbahnwesen.

Die Verhandlungen mit der Ukraine.

Die diplomatischen Vertreter der Mittelmächte haben in Brest-Litowsk seit dem 4. Januar mit den Vertretern der Ukraine weiterverhandelt. Es sei daran erinnert, daß die Ukraine das reichste Getreidegebiet Rußlands und auch Bodenschätze aller Art aufzuweisen hat. Die Bolschewiki-Regierung erkennt grundsätzlich die Unabhängigkeit der einzelnen Nationen des früheren Zarenreiches an und arbeitet auf das Zustandekommen einer großen Bundesrepublik hin. In der Ukraine selbst sind die Dinge aber noch nicht zu einer völligen Klärung gelangt. Die große nationale Bewegung hat wohl zur Erklärung der Selbständigkeit geführt, aber die sozialen Gegensätze kommen jetzt mehr und mehr zur Geltung. Die gegenwärtige Regierung der Ukraine setzt sich aus bürgerlichen Demokraten und gemäßigten Sozialisten zusammen. Zwischen ihr und der Petersburger Bolschewiki-Regierung bestanden scharfe Gegensätze. Die ukrainische Rada begünstigt direkt oder indirekt den gegenrevolutionären Kosakengeneral Kaledin und ging gegen die Bolschewiktruppen vor, so daß es bald zu einem Kampf zwischen den Bolschewiki und der Ukraine gekommen wäre. Wahrscheinlich will sich die Diplomatie der Mittelmächte diese Differenzen zunutze machen. Aber auch dieses Vorhaben würde einen zweifelhaften Erfolg haben. Denn auch in der Ukraine ringen die revolutionären Sowjets mit der bürgerlichen Demokratie um die Herrschaft und werden von den großrussischen Sowjets unterstützt. Es ist daher nicht gesagt, daß Abmachungen, die zurzeit mit der jetzigen Ukraine-Regierung in Brest-Litowsk getroffen werden, einen dauernden Wert haben. Sie können überhaupt nur von Dauer sein, wenn sie in Uebereinstimmung mit der großrussischen Bolschewiki-Regierung abgeschlossen werden. Diese war mit der Teilnahme der Ukraine-Vertreter an den Verhandlungen in Brest-Litowsk durchaus einverstanden. Solange aber die Verhandlungen mit den Bolschewiki ruhen, kann aus den Sonderberatungen mit der Ukraine etwas Ersprießliches weder für den allgemeinen Frieden noch für den Sonderfrieden mit Rußland herauskommen.

Im übrigen hat die Regierung der Ukraine Grundsätze für die Friedensverhandlungen aufgestellt, die viel mit dem Friedensprogramm der Bolschewiki gemein haben. Sie verlangt u. a.:

1. Die ganze Demokratie des ukrainischen Staates erstrebt den Weltfrieden, den allgemeinen Frieden unter allen Staaten, welche jetzt Krieg führen.

2. Der Frieden soll allen, sogar den kleinsten Völkern in jedem Staate die Freiheit der vollen rechtlichen Selbstbestimmung sichern.

3. Für die Ermöglichung einer gerechten Gestaltung des Schicksals der Völker sollen entsprechende Garantien gegeben werden.

4. Daher ist eine gewaltsame Einverleibung oder Uebergabe von einzelnen Ländern ohne Zustimmung ihrer Bevölkerung unzulässig.

5. Vom Standpunkte der arbeitenden Klassen aller Länder sind Kontributionen aller Art ausgeschlossen.

6. Kleine durch den Krieg geschädigte Länder und Völker sollen eine materielle Unterstützung auf Grund der auf dem Kongresse ausgearbeiteten Prinzipien erhalten.

Nach diesen Grundsätzen ist daher auch verständlich, daß die Öffentlichkeit über den Inhalt der bisherigen Verhandlungen mit der Ukraine außer ein paar nichtsagenden Worten nichts erfahren hat.

Fernwirkung.

Es ist kein Zweifel, daß die Erklärung der Mittelmächte in Brest-Litowsk vom 25. Dezember im feindlichen Auslande eine große Wirkung hervorgebracht hat. Die kriegertüchtigen Imperialisten Englands, Frankreichs usw. tobten und stemmten sich auch weiter gegen den Gedanken eines allgemeinen Friedens, aber wohl war ihnen dabei nicht zumute. Die friedlichen Imperialisten aber glaubten ihre Zeit gekommen, auf eine Revision der Entente-Kriegsziele und auf einen Verständigungsfrieden, der ihre imperialistischen Ziele auf diplomatischem Wege einigermaßen sichere, hinzuwirken. Auf das Proletariat und die Sozialisten der Ententeländer hat der 25. Dezember von Brest-Litowsk einen tiefen Eindruck gemacht. Die Äußerungen, die darüber aus dem Auslande zu uns gedrungen sind, zeigen zwar, daß das Vorgehen der französischen Sozialisten und der englischen Arbeiterpartei noch viel von dem vermissen läßt, was der internationale sozialistische Gedanke vom Proletariat zur Beendigung des Krieges verlangt, daß aber in Frankreich wie in England der sozialistische Druck in Richtung auf einen allgemeinen Frieden stärker einsetzte. Lag auch den französischen Regierungssozialisten und den englischen Arbeiterparteilern zunächst am Herzen, der Gefahr eines Sonderfriedens mit Rußland vorzubeugen, so hätte doch ein den Anschauungen der Bolschewiki gerecht werdender Verlauf der Brest-Litowsker Verhandlungen auf das englische, französische usw. Proletariat so anfeuernd gewirkt, daß es seine Imperialisten zum Abschluß eines allgemeinen, demokratischen Friedens gedrängt hätte.

Der 28. Dezember hat alle diese hoffnungsvollen Ansätze vernichtet, mindestens aber zurückgedämmt. Er hat den Entente-Imperialisten wieder Heststoff geliefert und die im feindlichen Auslande zum Frieden treibenden Kräfte lahm gelegt. Jetzt ist es an der deutschen Arbeiterschaft, zu zeigen, daß sie weder mit den kriegslustigen Machtpolitikern — einer derselben, der General von Lochow, rief in einer Berliner Versammlung der Vaterlandspartei am 8. Januar herausfordernd: „Jetzt ist der Russe erledigt, der Italiener auf's Haupt geschlagen, unsere Faust ballt sich gegen Westen!“ — noch mit den diplomatischen Kühlmännern einverstanden sind. Dabei ist es aber nicht mit der papiernen Erklärung der regierungssozialistischen Fraktion abgetan. Gibt es doch im Lager der Regierungssozialisten noch genug Leute, die — wir haben es in der vorigen Nummer an dem Beispiel der Gewerkschaftsgröße Janson dargetan — den gleichen „Schwertwillen“ haben wie die Alldeutschen. Es ist daher auch kein Wunder, daß in der J. A., zu deren engsten Freundeskreise Herr Janson zählt, der Kampf gegen die Lochows und Kühlmänner nur mit Papstfeulen, gegen die Unabhängige Sozialdemokratie dagegen mit vergifteten Pfeilen geführt wird. Stellte doch die J. A. die niederträchtige Behauptung auf, daß an dem Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk die Unabhängige Sozialdemokratie schuld sei. Mag sich die deutsche Arbeiterschaft darüber klar werden, daß mit den Leuten, wie die Schwertapostel Janson, Heilmann usw., den England-Zerschmetterer Lensch, den Franzosen-Verhauer Richard Fischer u. a. zu ihren intimsten Freunden zählen, ein erfolgreicher Kampf für einen allgemeinen, demokratischen Frieden nicht geführt werden kann.

Daß die am 25. Dezember in Brest-Litowsk geschaffene Situation auf die internationalen Sozialisten Frankreichs anfeuernd gewirkt hat, beweist die Äußerung des auf Zimmerwalder Boden stehenden „Journal du peuple“. Nach dem „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht dieses Blatt eine Erklärung des Ausschusses zur Verteidigung des internationalen Sozialismus,

die darin gipfelt, daß der Augenblick gekommen sei, die auf dem Sozialistentage in Bordeaux gefassten Beschlüsse auszuführen, das heißt, der französischen Regierung die Bewilligung der Kriegskredite zu verweigern, sobald sie eine annehmbare Friedensanbahnung zurückweise. In der Ermägung, daß derzeit eine zum mindesten erörterungsfähige Friedensanbahnung vorhanden ist, werde der Ausschuss an die sozialistischen Gruppen in der Kammer sowie an alle sozialistischen Vereinigungen Frankreichs die Aufforderung richten, mit äußerster Energie gegen das ablehnende Verhalten der Regierung gegenüber dem russischen Friedensvorschlag zu protestieren.

Hätten die Verhandlungen in Brest-Litowsk am 28. Dezember nicht eine so verhängnisvolle Wendung genommen, hätte dieser Vorstoß der internationalen Sozialisten Frankreichs zweifellos im französischen Proletariat weiteste Unterstützung gefunden und die Kammerfraktion zu noch energischerem Widerstande gegen die Kriegsräzerei Clemenceaus aufgepeitscht.

Auch die englische Arbeiterpartei, in deren Köpfe sicherlich noch viele imperialistische Ruden festliegen, war bei Beginn der Brest-Litowsker Verhandlungen in der Friedensfrage ruhiger geworden, da ja auch in den englischen Massen der Wunsch nach Beendigung des Krieges lebendig ist, wie die Kriegserfahrungen der englischen Arbeiterklasse die Arbeiterpartei auch gezwungen haben, ein ziemlich radikales sozialistisches Programm für ihren nächsten Kongress aufzustellen. Lloyd George hat sich gezwungen gesehen, eine Abordnung der englischen Arbeiterpartei zu empfangen. Er hat dabei eine bedeutsame Rede gehalten, in der er alle herausfordernd kriegerischen Töne vermied, von der notwendigen „Wiederherstellung“ Belgiens, Serbiens usw., Selbstregierung der Völker und Wiedergutmachung begangenen Unrechtes sprach. Daß dabei Lloyd George dem englischen Imperialismus nicht wehe tat und über dessen Walten wohlweislich schwieg, ist selbstverständlich. Aber daß er sich überhaupt auf eine Auseinandersetzung mit der Arbeiterpartei einließ, beweist, wie stark das Friedensverlangen in den breiten Schichten des englischen Volkes durch den Friedensvorschlag der Bolschewiki geworden war. In einer von Reuter jedenfalls nur unvollkommen übermittelten Besprechung der Rede Lloyd Georges durch Henderson wird gesagt, daß die englische Arbeiterpartei die sechs Friedensgrundsätze der Bolschewiki warm willkommen heiße.

Es kommt darauf an, den üblen Eindruck der Ereignisse vom 28. Dezember wieder gutzumachen und den Friedenswillen des englischen, französischen usw. Proletariats neu zu beleben. Viel Zeit ist dabei aber nicht zu verlieren.

Inzwischen hat sich auch die Internationale der Reformsozialisten wieder zu regen begonnen. Vor einiger Zeit hat die schwedische Sozialdemokratie einen Aufruf erlassen, in dem die Einberufung einer sozialistischen Friedenskonferenz angeregt wurde. Das holländisch-schwedische Komitee hat in Stockholm schon Vorberatungen abgehalten, an denen wohl Vertreter der russischen gemäßigten Sozialisten, aber keine Bolschewiki teilgenommen haben.

Das Verlangen der Bolschewiki, die Fortsetzung der Friedensverhandlungen nach Stockholm zu verlegen, wird damit begründet, daß Trotzki von den sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens die Mitteilung erhalten habe, daß die Ententeregierungen zu einer Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu bewegen wären, wenn diese an einem neutralen Ort fortgesetzt würden.

Um die Sozialisten der Ententeländer zu einem energischen Kampfe gegen die imperialistischen Ränke ihrer Regierungen aufzurütteln, hat die Bolschewiki-Regierung am 6. Januar folgende Kundgebung in die Welt gesandt:

Lloyd George äußerte sich in dem Sinne, daß Rußland erst seine Grenzen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn festsetzen müsse, ehe von Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden die Rede sein kann. Die Publizisten der Ententeländer weisen mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit darauf hin, daß es für die Alliierten vorteilhafter sein wird, Friedensverhand-

lungen ohne Rußland zu führen, da Rußland sich jetzt an dem allgemeinen Unternehmen mit negativem Kapital beteilige. Wenn in diesen Äußerungen ein Umschwung zu verzeichnen ist, so nur nach der Seite größerer Aufrichtigkeit. Die Alliierten halten es für vorteilhafter, den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland solle sich auf der Linie des geringsten Widerstandes auf Kosten Rußlands entschädigen. Je größer diese Entschädigung im Osten ausfällt, um so leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Besten zu einigen. Selbstverständlich könnten die Alliierten die gleichen Resultate auch auf dem Wege eines allgemeinen Friedens erzielen. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen, Rumänien und Albanien bewußt verraten und diese Länder als Münze zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemeren Weg, Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Letten, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Völkern abzulehnen. Dies ist der Plan der Entente.

Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft ist es, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk loyal auf der Grundlage der von den Bolschewiki aufgestellten Grundsätze weitergeführt werden und zwar so, daß sie so schnell als möglich zu allgemeinen Friedensverhandlungen ausgehau werden.

Jugendweihe Ostern 1918.

Die Arbeitereltern, deren Kinder am kommenden Ostern die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweihe unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweihe findet am 17. und 24. März 1918 im Festsaal des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde statt. Ebenda werden auch die Jugendweihen im Herbst 1918 und zwar am 22. und 29. September abgehalten.

Es sei daran erinnert, daß irgendein gesekularer Zwang zur Teilnahme am Konfirmandenunterricht und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeitereltern, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Ueberzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweihe. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweihe die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweihe Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

Arbeiter-Stenographen-Berband Stolze-Schrey.

Die Mitgliedschaft Groß-Berlin eröffnet am 18. Januar einen neuen Anfängerkursus abends 8½ Uhr im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße 41.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wissen ist Macht. Die Stenographie ist keine Spielerei, sie ist keine Geheimchrift und keine Kunst, jeder denkfähige Mensch kann dieselbe erlernen. Sie ist ein Werkzeug der Kultur. Darum, Arbeiter, Arbeiterinnen, die Ihr vorwärts strebt, erlernt die Stenographie, bereichert Euer Wissen, macht Euch kampfbereiter für Eure Interessen.

Das Kursusgeld beträgt einschließlich der Lehrmittel für Teilnehmer unter 18 Jahren 4 Mark, über 18 Jahre 5,50 Mk. Die Vortreibung des Materials und anderer Unkosten zwingt uns dieses höhere Kursusgeld auf. Die Anmeldung erfolgt im Unterrichtslokal am besten am

ersten Abend, kam aber auch noch am zweiten Abend geschehen

Schriftliche Anfragen beantwortet H. Urban, Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 64.

Der Bildungs-Ausschuss.

Allen Bekannten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Schablonenfabrikant und Stadtverordnete

Johann Barthelmann

am 5. Januar plötzlich verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetrubt an

Witwe Barthelmann
und Kinder.

Am 17. Dezember fiel mein über alles geliebter Mann, der liebevollste Vater meines einzigen Töchterchens,

Heinrich Klewer

tutz vor Vollendung seines 88. Lebensjahres.

Berlin, Tegelerstraße 7.

In unsagbarer Trauer

Frau Berta Klewer, geb. Wendt.

Lottchen Klewer.

Familie Wendt.

Familie Schlenz.

Nachruf!

Am 31. Dezember 1917 verstarb in Neukölln im 21. Bez., Plattenrader Str. 47, einer unserer ältesten organisierten Genossen, der Hausdiener

Otto Traue.

24 Jahre war er Mitglied der Partei. So wie er stets zum Programm und zu den Parteigrundsätzen stand, war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Rechtschwenkung derer um Scheidemann sein Platz bei der U. S. V. D. sein mußte.

Wir danken ihm für seine Treue mit einem letzten ehrenden Scheidegruß. Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

Am 17. Dezember fiel unser Genosse und Vorstandsmittglied, der Maurer

Heinrich Klewer

(82 Jahr alt), Tegelerstr. 7, 10. Abt., Bez. 741.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

Am 5. November v. J. starb unser Genosse, der Schneider

Anton Häusler

6. Abt., Bez. 101.

4. Wahlkreis.

Am 6. Januar verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Albert Neumann

Elisabethstr. 2, Bez. 374.

Am 6. Januar verstarb unser Genosse, der Tischler

Hermann Grams

Büschingstr. 7, Bez. 383.

6. Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 5. Januar, verstarb unser Genosse, der Schablonenmacher und Stadtverordnete

Hans Barthelmann

Krautschoustr. 14, 10. Abt., Bez. 755.

Die Einäscherung hat am 10. d. Mts. bereits stattgefunden.

Wahlverein Treptow-Baumschulenberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Parteigenossin, Frau

Sophie Schleier

Beermannstraße 7, Bez. 6.

46 Jahre alt, am 5. Januar 1918 verstorben ist.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Willy Jurock

Gräßstr. 23, Bez. 9.

im Januar 1917 in russischer Gefangenschaft gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Kautsky gegen Kautsky.

Von Karl Kautsky.

Unter diesem Titel veröffentlicht irgendein K. P. in der Solvesternummer der Chemnitzer „Volkstimme“ einen Artikel, in dem er nachzuweisen sucht, daß ich selbst meine Entfernung aus der „Neuen Zeit“ gutgeheißen habe und zwar in einem Artikel, der in der „Neuen Zeit“ vom 28. Oktober 1905 erschien. Der Parteivorstand von heute sei durch jenen Artikel vollständig gerechtfertigt, denn ich hätte dort erklärt, wenn jemand von einer Organisation beauftragt sei, innerhalb ihres Organs in ihrem Namen zu sprechen, dann habe sie das Recht, ihn von seinem Posten zu entfernen, sobald seine Ueberzeugung in Widerspruch zu der ihrigen gerate. (Der „Vorwärts“ hat natürlich die Ausführungen in der Chemnitzer „Volkstimme“ schleunigst abgedruckt. Die Red. d. N.)

Ich gestehe, daß ich das gesagt habe, ja, ich muß noch mehr gestehen: ich vertrete heute noch dieselbe Meinung. Sie trifft aber gar nicht den Fall der „Neuen Zeit“, und das weiß K. P. selbst sehr gut. Anders wäre die Weglassung eines Satzes aus dem langen Zitat, das er vorbringt, nicht zu erklären. Nicht weniger als 95 Druckzeilen zitiert er von mir, und gerade dieses Satzes läßt er weg. Nicht durch ein Versehen, denn er bezeichnet die Weglassung durch eine Reihe von Klammern. Die ganze Stelle sei hier wiedergegeben, wobei der von K. P. weggelassene Satz in Kommas gesetzt und durchschossen ist. Die Stelle lautet:

„Wie nun, wenn seine (des Journalisten) Anschauungen von denen seiner Auftraggeber abweichen, erheblich, dauernd abweisen? Er spricht doch nicht in seinem Namen — als solcher kann und muß er völlig frei reden —

er spricht im Namen der Partei oder doch einer ihrer Organisationen. Hat er ein Recht darauf, im Namen der Organisation, mit Benutzung der Hilfsmittel der Organisation gegen diese selbe Organisation zu wirken?“

Man sieht, daß K. P. allen Grund hatte, die paar Zeilen wegzulassen, obwohl dadurch das Zitat ein Stillegeheuer wurde. Die weggelassenen Worte zeigen, daß in dem zitierten Artikel bloß solche Fälle im Auge hatte, in denen ein Journalist anonym im Namen seiner Organisation spricht und dadurch seinen Anschauungen ein Gewicht verleiht, das sie sonst nicht hätten. Wo der Schriftsteller in seinem Namen spricht, muß er völlig frei reden. Nun, in der „Neuen Zeit“ sprach jeder Mitarbeiter und auch jeder Redakteur nur in seinem Namen, keiner als Wortführer der Partei oder einer ihrer Organisationen. Keiner besaß dort durch seine Organisation eine größere Autorität, als seinen Argumenten zumut. Soweit jemand für den Inhalt der „Neuen Zeit“ vor der Öffentlichkeit verantwortlich gemacht wurde, war ich es und nicht der Parteivorstand. Nur in dieser Weise war ein Parteiorgan als wissenschaftliches Organ möglich.

Mit dieser Feststellung kann ich K. P. als bewußten Fälscher entlassen. Da aber durch ihn der Gegenstand wieder einmal aufs Tapet gebracht wurde, sei noch einiges darüber bemerkt.

Mein Artikel von 1905 trifft für den jetzigen Fall der „Neuen Zeit“ nicht nur deshalb nicht zu, weil sie ein wissenschaftliches Organ, sondern auch deshalb nicht, weil sie nicht die Schöpfung einer Organisation war. Noch so viele Zitate können die Tatsache nicht beseitigen, daß Dies und Ich sie geschaffen haben, mit erheblichen persönlichen Opfern, um sie dann dem Parteivorstand auf sein Verlangen zur Verfügung zu stellen, ebenso wie es gleichzeitig mit der „Gleichheit“ geschah und wie es die Berliner Genossen mit dem von ihnen geschaffenen „Vorwärts“ kurz vorher getan hatten.

Ebert erklärte wohl in Würzburg, die „Neue Zeit“ sei ein „Parteiorgan“ wie jedes andere, nur mit dem Unterschied, daß wohl für keines relativ so große Opfer der Partei gebracht werden mußten wie für die „Neue Zeit“. Wollten wir diesen Standpunkt der Pfennig-

fucherei gelten lassen, dann ergibt eine Nachrechnung, daß die „Neue Zeit“ von dem Zeitpunkt an, in dem in den Parteitagberichten über sie Rechnung gelegt wurde (1902), im ganzen 22 776 Mk. Defizit und 16 540 Mark Ueberschuß aufzuweisen hatte. Die Defizite entfallen auf die ersten Jahre bis 1905, seitdem weist die „Neue Zeit“ (mit Ausnahme von 1908) in den Parteitagberichten nur Ueberschüsse auf. Die ganzen ungeheuren Opfer, die die Partei für die „Neue Zeit“ zu bringen hatte, seitdem wir sie der Partei abgetreten hatten, belaufen sich also auf rund 6000 Mk. Dagegen hat Dies nach meiner Schätzung, so lange sie Privatorgan war, über 100 000 Mk. vorausgab. Ich habe, um ihr Erscheinen zu ermöglichen, in unseren Anfängen mich sieben Jahre lang mit einem jährlichen Redaktionsgehalt von 1800 Mk. begnügt. Der Parteivorstand aber hat die „Neue Zeit“ 1901 bekommen, ohne daß sie ihn einen Pfennig kostete. Welches Opfer für ihn! Gewiß ist es dem Eifer der Parteigenossen in der Verbreitung der „Neuen Zeit“ zuzuschreiben, wenn sie seit einer Reihe von Jahren Ueberschüsse machte. Aber die meisten der Organisationen der Partei, die für die „Neue Zeit“ in dieser Weise wirkten, stehen heute im Lager der Unabhängigen.

Also auch nach der Seite der materiellen Leistungen für die „Neue Zeit“ ist es mit den daraus zu ziehenden Ansprüchen des Parteivorstandes auf sie schlecht bestellt. Sein Anspruch auf sie wie auf die „Gleichheit“ und den „Vorwärts“ begründet sich nur auf eines: auf das Vertrauen, das wir in den alten Vorstand, in die Kuer und Hebel, Piebnecht und Singer legten. Dem neuen Vorstand stand der Besitz einiger Organe höher als der Besitz des Vertrauens des deutschen Proletariats, der Internationale, zu seinem Anstand und seinem Rechtsgefühl.

Er wehlt jetzt über die verderblichen Folgen der Parteipaltung und doch gerade er hat sie nicht nur herbeigeführt, sondern auch unheilbar gemacht, wenigstens für so lange, als er in seiner jetzigen Zusammenziehung die Geschäfte der alten Parteiorganisation führt. Denn eine Einigung erheischt zwei Bedingungen: sachliche Uebereinstimmung und Vertrauen zu den leitenden Personen der Gegenseite. Die sachliche Uebereinstimmung kann wieder kommen, wenn die Fogel der Tatsachen den Abhängigen eine radikalere Dialektik einbläut. Wer aber Vertrauen einmal gebrochen und verloren hat, wird die Betroffenen nie wieder unter seine Fahne führen.

Im Kleinen wie im Großen erweist sich die Politik der Scheidemänner als kurzichtigste Augenblickspolitik, die nur von dem Erbe lebt, das sie von ihrem großen Vorfahren übernommen hat und das sie sinnlos verschwendet.

Honigwucher in neuer Auflage?

In einer Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Thüringischen Honigverwertungsgesellschaft, die am Sonntag in Gotha abgehalten worden ist, sind Mitteilungen gemacht worden, die Befremden und Widerspruch erregen müssen. Es konnte hier nämlich berichtet werden, daß auch für den nächsten Sommer keine Beschlagnahme des Honigs erfolgen soll, daß vielmehr wieder der freie Handel sich des Honigs bemächtigen könne. Also trotz aller bösen Erfahrungen, die man mit dem Vertrieb des Honigs im vergangenen Sommer gemacht hat, soll es bei der damaligen Mißwirtschaft bleiben! Dagegen muß entschieden Protest erhoben werden. Legt man es planmäßig darauf an, die besseren Lebensmittel, deren Erzeugung die Zuckerrationen für die Bevölkerung vermindert, für eine kleine Summe zu reservieren?

Anscheinend ist auch schon wieder nach dem vorjährigen Rezept über die Zuckerverteilung an die Zucker entschieden worden. Wie in der Sitzung mitgeteilt werden konnte, wird die Verwertungsgesellschaft den zur Fütterung notwendigen Zucker unmittelbar von der Raffinerie beziehen. Wie steht es denn mit der Kontrolle?

Es scheint fast so, als ob im vierten Kriegswinter die Erzeuger und Wucherer einen noch größeren Spielraum bekommen sollten, als sie zum Nachteil der ärmeren Bevölkerung schon hatten.

Hochkonjunktur für das Kapital.

Leppiger denn je gedeiht nun die Bucherpflanze Kapital. Die toll hinaufgetriebenen Preise aller Waren lassen zunächst auch die Gewinne des Kapitals riesenhaft anwachsen und aus den Gewinnen wird wieder zinsbringendes Kapital. Obwohl während der Kriegszeit wirkliche Kulturgüter in nur sehr bescheidenem Umfange hervorgebracht worden sind, die meisten Menschen mit der Herstellung von Verbrauchsgütern und mit dem Zerstoren von Kulturwerten beschäftigt waren, die Gesamtheit mithin nicht reicher, sondern viel, viel ärmer geworden ist, hat sich das Kapital gemäht; es ist fett und fett geworden.

Eine kleine Vorlesung davon geben die Neugründungen von Aktiengesellschaften, sowie die Erhöhungen des Grundkapitals bei den bestehenden Gesellschaften. Allein im Jahre 1917 sind durch Neugründungen rund 570 Millionen Mark neu investiert worden gegen 317 Millionen Mark der Neugründungen im Jahre vorher. Durch Kapitalerhöhungen haben die bestehenden Gesellschaften im Jahre 1916 ihre Betriebsmittel um rund 300 Mill. Mk. gekräftigt, im letzten Jahre jedoch um 696 Millionen Mark.

Alle diese Reinvestitionen entstammen in der Hauptsache aus „ersparten“ Kriegsgewinnen. Für dieses „Spargut“ muß die wertvolle Arbeit in Zukunft dauernd Zinsen ausbringen. Die Kriegsgewinne belasten die Arbeit der Zukunft, sie machen uns und unsere Kinder und Kindeskiner dem Kapital tributpflichtig, solange bis die kapitalistische Ausbeutewirtschaft durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung abgelöst wird. Diese Ablösung zu beschleunigen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Regierungssozialisten beschleunigen diese Ablösung jedoch nicht, sie hemmen sie, hat sich doch die Scheidemannpartei zu einem Werkzeug der kapitalistischen Gesellschaftsordnung umgewandelt, der sie lediglich durch Scheinreformen, die an dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft nichts ändern, ein gefälligeres Aussehen geben will. Auf diese Weise will man die Arbeiter mit der kapitalistischen Gesellschaft ansöhnen. Bei solchem Gimpelgang muß die sozialistische Flagge als Täuschungsmittel dienen.

Wie die Regierungssozialisten für Gleichberechtigung kämpfen.

Das lehrt ein Vorgang aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 3. Januar dieses Jahres. Zu Beginn jeden Jahres muß sich die Versammlung konstituieren und die Vorstandswahlen vornehmen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben jahrelange Kämpfe führen müssen um ihr Recht, ihrer Stärke entsprechend in allen Kommissionen und Deputationen vertreten zu sein. Schließlich haben unsere Genossen ihre Ansprüche auch durchgesetzt. Nur vom Vorstände der Versammlung wollte man sozialdemokratische Vertreter unter allen Umständen fernhalten. Die bürgerlichen Gruppen erklärten wiederholt, daß Bedingung für die Wahl in den Vorstand sei, daß sozialdemokratische Vertreter sich verpflichten müßten, alle an das Amt geknüpften Repräsentationspflichten zu übernehmen. Dahin rechnete man auch die berühmten empfangenen fremder Potentaten am Brandenburger Tor und die Teilnahme an höfischen Zeremonien. Mit aller Entschiedenheit erklärte stets unser verstorbenen Genosse Paul Singer, daß unsere

An unsere Frauen.

Ihr schafft und quält euch Tag für Tag,
Indes die Männer freiten.
Und was die Zeit auch bringen mag
An Widerwärtigkeiten:
Ihr nehmt's, denn sonder Ruh und Raß
So regt ihr Kopf und Hände.
Ihr tragt die Not, die schwerste Last
Vom Anfang bis zum Ende.

Ihr müht! Denn euch zwingt das Geschick,
Zu barden und zu frohnen.
Und dennoch wird kein warmes Glück
Euch dankend einst belohnen.
Denn was in dieser Zeit ihr gebt
An Vätern, Söhnen, Watten,
Das kann kein Mensch, solange ihr lebt,
Euch je zurückerhalten.

Erbarmungslos bleicht euch das Leid
Die Rosen auf den Wangen.
Wer kennt in dieser Schreckenszeit
Durchwacher Nächte Bangen?
Wer fragt danach? Es muß so sein,
Wenn Mars regiert auf Erden.
Sagt, kann für alle Seelenpein
Euch je Belohnung werden?

Ihr seid in steter Not verblüht,
Verbraucht mit dreißig Jahren.

Ihr sorgt und schafft und quält und müht
In tausenden Gefahren.
Ihr sorgt und schafft ums liebe Brot
An bornenreichen Tagen.
Ihr weint euch nachts die Augen rot
Im ungehörten Klagen.

Zwar preißt man euch und dankend lobt
Man euer Tun und Walten.
Solange dieser Weltbrand tobt,
Wird man's so weiter halten.
Was nachher kommt, das fraget nicht;
Die Zukunft wird's enthüllen.
Bis dahin habt ihr eure Pflicht
Nur weiter zu erfüllen.

Was auch der blut'ge Krieg euch raubt:
Er ließ das Recht zum Hassen!
Solang' ihr an euch selber glaubt,
Seid ihr noch nicht verlassen.
Euch findet nur die Zeit bereit,
In der ihr wirkt und lebet,
Wenn ihr erkennt, daß Einigkeit
Die Schwächsten stärkt und hebet.

Drum sollt ihr nie das teure Band,
Das stets um uns gewunden,
Zerreißen mit der eignen Hand
In diesen bösen Stunden.
Mag kommen, was da kommen mag:
Wir sehn wie Erz und Eisen.

Das wollen wir mit jedem Tag
Den andern neu beweisen.

Und denkt noch an ein andres Gut,
Das ihr noch nicht verloren:
Denkt an das eigne Fleisch und Blut,
Was ihr mit Schmerz geboren.
Ihr begt die Zukunft in dem Schoß,
Drum müht ihr Sorge tragen,
Daß sie einm' werde frei und groß
In künft'gen Friedens Tagen.

Was euch die schwere Zeit gelehrt
Im wuchtigen Geschehen,
Das laun und darf nicht ungehört
Dann spurlos, still vergehen.
Euch ist die Jugend anvertraut,
Ihr müht sie hegen, pflegen,
Damit sie andre Zeiten schaut,
Vom Glück voll und Segen.

Drum pflanzt ein die rechte Saat,
Laßt wachend sie gewähren.
Einst reißt die goldne Frucht der Tat
In tausendfält'gen Lehren.
Seid eingedenk der Mutterpflicht,
Der höchsten Pflicht auf Erden!
Der Morgen graut, bald strahlt das Licht,
Es muß ein Neues werden.

Otto Meier.

Vertreter alle durch die Städteordnung bedingten Pflichten übernehmen würden. Zu diesen gehörten aber die von den bürgerlichen Gruppen verlangten Repräsentationspflichten nicht. Und so lehnten die bürgerlichen Vertreter unseren Anspruch stets ab. Das war sehr bequem. Aber unsere Genossen ließen nicht locker, sie erhoben ihren Anspruch alljährlich von neuem; ständig wurde Genosse Singer in Vorschlag gebracht, ständig aber auch abgelehnt. Aber schließlich hüllt steter Tropfen den Stein. So auch hier. Auf die Dauer konnte man unseren Anspruch nicht abweisen und so entschlossen sich die bürgerlichen Gegner endlich doch zur Anerkennung unseres Verlangens. Und weil man die alten bisherigen Vorstandsmitglieder nicht herauswählen wollte, wurde in Rücksicht auf die Gewährung eines sozialdemokratischen Sitzes im Vorstand die Geschäftsordnung dahin geändert, daß an Stelle eines Stellvertreters zwei Vorsteherstellvertreter und an Stelle dreier Beisitzer bzw. Beisitzerstellvertreter deren je vier bestimmt wurden. Auf Grund dieser geänderten Geschäftsordnung wurde ein Sozialdemokrat als Vorsteherstellvertreter und je einer als Beisitzer bzw. Beisitzerstellvertreter gewählt.

Inzwischen hat sich die unabhängige sozialdemokratische Fraktion gebildet und bei der diesmaligen Wahl erhoben unsere Genossen durch ihren Redner Dr. Rosenfeld prinzipiell Anspruch auf Vertretung im Vorstand. Zu diesem Zwecke schlugen sie den Genossen Dr. Wehl zum Beisitzer an Stelle für Bruns vor, da Bruns nach als Beisitzerstellvertreter und Heimann als Vorsteherstellvertreter fungiert. Wegen die Person Bruns sollte der Vorschlag sich nicht richten, sondern es sollte der prinzipielle Anspruch zum Ausdruck gebracht werden. Was erlebten wir aber in dieser Sitzung?

Die bürgerlichen Gruppen gingen um die Sache herum. Die Redner erklärten, da gegen die Geschäftsführung Bruns nichts eingewendet werden könne, liege kein Anlaß vor, ihn nicht wieder zu wählen, über unsere prinzipielle Forderung schwiegen sie sich aus. Und unsere Abhängigen, die früher so eifrig mit uns unsere Ansprüche verteidigt hatten, sagten kein Wort. Sie liebten es sich ruhig gefallen, daß die bürgerlichen Gruppen das so lange hochgehaltene Prinzip mit Füßen traten, nur weil es sich um die so verhassten Unabhängigen handelte. So führten die Abhängigen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Kampf um die Gleichberechtigung. Natürlich wurde unser Anspruch abgewiesen.

Das Recht der Vertretung der einzelnen Fraktionen in den verschiedenen Einrichtungen einer Körperschaft ist unseres Wissens selbst im Reichstagswahlrecht, wo selbst die Uebernahme des Vorsitzes in den einzelnen Kommissionen alterniert. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wird der Anspruch der Vertretung einer Fraktion im allgemeinen anerkannt, aber im Vorstände der Versammlung im Hinblick auf die Regierungssozialisten und mit ihrer Zustimmung abgelehnt. So kämpfen diese Leute für die Gleichberechtigung. Das kann sich schwer rächen, aber ernst wird man solche Kämpfer für Gleichberechtigung nicht nehmen können. Begründen konnten sie ihre Haltung auch nicht und deshalb schwiegen sie. Das Schweigen war aber ein bereitetes. Unsere Genossen werden sich das merken müssen.

Auf zur Stadtverordneten-Ersatzwahl im 11. Kommunalwahlbezirk!

Am Sonntag, den 13. Januar, findet die Stadtverordneten-Ersatzwahl im 11. Kommunalwahlbezirk für den bisherigen Vertreter, den verstorbenen Gen. Artur Stadthagen, statt.

Stadthagen hat länger denn 28 Jahre in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Interessen des werktätigen Volkes vertreten. Jetzt gilt es, einen Nachfolger zu bestimmen.

Die Wähler im 11. Kommunalwahlbezirk müssen am kommenden Sonntag ihre Entscheidung treffen. Diese Entscheidung kann nicht schwer fallen. Alle diejenigen, die zur erwerbstätigen Bevölkerung gehören, können nur einem Vertreter ihrer Klasse ihre Stimme geben.

Nur ein Mann, der einzig und allein die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung vertritt ohne jede Rücksichtnahme auf andere Bevölkerungsschichten, nur ein Mann, der auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie steht, kann am Sonntag gewählt werden. Und das ist der Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der

Partei sekretär Hermann Varenthin.

Arbeiter! Parteigenossen! Voh! Euch nicht täuschen! Es sind Kräfte am Werke, die Euch einen andern Kandidaten empfehlen.

Seid auf der Hut! Es sind Flugblätter verbreitet worden, in denen die Regierungssozialisten Euch erzählten, daß Stadthagen ihr Vertreter war. Das ist eine absichtliche Täuschung. Stadthagen war bis zu seinem letzten Atemzuge Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, welche bestrebt ist, ohne jede Rücksicht auf das Wohlwollen bürgerlicher Kreise einzig und allein die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung zu vertreten. Die Konservative klar und unzweideutig ihre Interessen wahrnehmen, so muß auch die Arbeiterklasse die ihrigen wahren und zwar im strikten Gegensatz zu diesen. Und das geschieht auf allen Gebieten, auch in der Gemeinde, von den Unabhängigen Sozialdemokraten, deshalb müssen am Sonntag die Wähler der unbemittelten Bevölkerung im 11. Kommunalwahlbezirk dem Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, dem

Partei sekretär Hermann Varenthin, ihre Stimme geben.

Es ist für unsere heutigen politischen Zustände bezeichnend, daß nach 3/4 Kriegsjahren die Wahl auf Grund des Dreiklassenwahlrechtes stattfindet, eines Wahlrechtes, durch das die breite Masse des Volkes entrecht wird zugunsten einer kleinen Zahl von Leuten, die auf Grund ihres großen Vortommates in der 1. und 2. Wählerklasse wählen.

Die Wähler im 11. Kommunalwahlbezirk können am Sonntag entschiedenen Protest einlegen gegen dieses Dreiklassenwahlrecht. Jede Stimme mehr erhöht diesen Protest. Wähle deshalb am Sonntag jeder Wähler den

Partei sekretär Hermann Varenthin.

Die Wahl findet von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt.

Aus der Bewegung.

Unabhängige Reichstagskandidatur. Unter dieser Spitzmarke phantasiert die F. R. über die Neuweisung von Stadthagens Reichstagsitz und hat „gehört“, die Unabhängigen beabsichtigen, den Genossen Dr. Breitweid kandidieren zu lassen. In Wahrheit haben die Genossen Nieder-Barnims noch keine Auswahl getroffen; wenn das geschieht, ist natürlich Herr Heimann der erste, dem das gemeldet werden wird.

Zur Reichstagswahl in Nieder-Barnim werden auch die Regierungssozialisten einen Kandidaten aufstellen. Als solcher ist der Arbeiter sekretär Wiffel anzufragen. Unsere Genossen werden demnach die Kandidatenaufstellung vornehmen. Die F. R., die das Gras wachsen hört, stellt mit, daß Genosse Breitweid als solcher bestimmt sei, und der Stuttgarter „Sozialdemokrat“ hat nichts Eiligeres zu tun, als über Breitweid herzufallen, was vom „Vorwärts“ freudestrahlend registriert wird. Wir können mitteilen, daß mehrere Vorschläge vorliegen, zu denen zunächst die Genossen in den einzelnen Ortsvereinen Stellung nehmen. Erst dann treten die Vertreter zusammen, um endgültig die Bestimmung über den Kandidaten zu treffen. So lange hätte auch der Stuttgarter „Sozialdemokrat“ warten sollen, ehe er seine recht unangebrachten Bemerkungen drucken ließ.

Leipzig-Land. Der Sozialdemokratische Verein 13. Kreis, Leipzig-Land, beschloß in seiner außerordentlichen Generalversammlung am 30. Dez. 1917, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen. Der Antrag des Ortsbezirks, ab 1. Januar 1918 den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, wurde gegen 5 Stimmen, für weibliche Mitglieder von 6 auf 10 Pf. gegen 17 Stimmen angenommen. Das Eintrittsgeld wird von 10 auf 20 Pf. erhöht, der Wahlfondsbeitrag von 10 Pf. im Vierteljahr bleibt bestehen. Anwesend waren 25 Delegierte. — Genosse A. Gentschel hat seine Ämter im Bezirk und im Hauptvorstand niedergelegt.

Abhängige Anti-Arbeitervertreter in Leipzig. In der ersten Sitzung der Leipziger Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre, in der die kürzlich neu-gewählten Vertreter eingeführt wurden und das Präsidium neu zu wählen war, hat sich ein Vorgang abgespielt, der äußerst bezeichnend ist für die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Unabhängigen Sozialdemokratie, nicht minder kennzeichnend aber auch für den Charakter der Abhängigen. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie zählten nach den Neuwahlen 18 Köpfe, bis auf die noch nicht hinausgewählten 6 Vertreter der Abhängigen haben sie alle die dritte Klasse inne. Als drittstärkste Fraktion hatten sie also Anspruch auf den Posten des 2. Vizepräsidenten. Im Laufe des Abends hatten die bürgerlichen Parteien der damals noch nicht gespaltenen sozialdemokratischen Fraktion den lange vorenthaltenen Anspruch auf Gleichberechtigung und Vertretung im Präsidium zugesagt und damals war von ihr der damalige Genosse Pollender ins Präsidium entsandt worden, er hat den Platz behalten, als er zu den Abhängigen überging.

Als jetzt unsere Genossen den Posten für sich reklamierten, erklärten die bürgerlichen Parteien, daß sie Pollender weiter als Vizepräsidenten wählen wollten, d. h. also, daß sie nicht der drittstärksten Partei, sondern einem kleinen Häuflein von sechs Mann die Vertretung im Präsidium geben wollten. So ist es denn auch geschehen, und die Abhängigen haben sich nicht geschämt, dieses höchst bezeichnende Geschenk aus bürgerlicher Hand entgegenzunehmen. Unsere Vertreter gaben in der öffentlichen Sitzung eine kurze Erklärung ab, worin sie dies Verfahren als eine Rückkehr zur Politik der Vergewaltigung der Arbeitervertreter erklärten, wie sie bis zum Jahre 1916 getrieben wurde und die vielgepriesene Neuorientierung in Leipzig in

das richtige Licht setze. Die Wählerschaft, die vor wenigen Wochen der Unabhängigen Sozialdemokratie so demonstrativ und nachdrücklich ihr Vertrauen bekundet habe, werde diesen Faustschlag ins Gesicht entsprechend quittieren. Unsere Genossen lehnten die Beteiligung an der Präsidienwahl ab.

Herr Pollender und seine Freunde genierte diese kräftige Kennzeichnung nicht, der Herr nahm die Wahl an wegen der „außerordentlichen Verhältnisse“ und protestierte dagegen, daß man ihn und seine Gruppe als Anhängel der ersten und zweiten Klasse bezeichnete. Er erlebte denn auch die Freude, daß ihm ein Sprecher der bürgerlichen Parteien attestierte, daß er von ihnen als „Arbeitervertreter“ ins Präsidium gewählt worden sei. Diese Bestätigung hatte gerade noch geschliffen.

Von der „Bergischen Arbeiterstimme“. Unser Solinger Parteiblatt wird seit dem 1. Januar ganz im Sinne der U. S. P. redigiert. Bis her war von den zwei Redakteuren, die dem Blatt noch geblieben sind, der politische Redakteur Mitglied unserer Partei, während der Redakteur des lokalen, provinziellen und Feuilletonells zu den radikalsten Helden der Abhängigen zählte. Mehr als das ganze erste Kriegsjahr gab sich dieser Mann als oppositionell. Dann wurde er und Genosse Dittmann „l. v.“ und Dittmann wurde eingezogen. Da auch der Geschäftsführer der Druckerei zu den Scheidemännern gehört, hielt es der Redakteur für zeitgemäß, in einem Wochenartikel ein Votum abzugeben für die Scheidemänner abzulegen. In der Folge verfiel der „Neuorientierte“ die Mehrheitspresse mit jenen Artikeln gegen die Solinger Arbeiterbewegung, die den Anschein erwecken sollten, als stehe der Wahlkreis Solingen unentwegt zu „seinem“ Abgeordneten. Auf Beiläufe der zuständigen Instanzen gegen die Benennung des lokalen Teils der „Bergischen Arbeiterstimme“ zur Propaganda für die Abhängigen piß er. Er rechnete darauf, „gemahregelt“ zu werden, denn er hatte ja keinen Parteivorstand als Rückendeckung. Jetzt ist er freiwillig aus der Redaktion ausgetreten. Sein Nachfolger, Genosse August Christmann, ist Mitglied unserer Partei. Die nunmehr einheitliche Redaktionssführung ist freudig zu begrüßen, da die „Bergische Arbeiterstimme“ jetzt als Organ für Mehrheitsblätter weitaus geeigneter ist, als bei ihrem bisherigen zwiespältigen Charakter.

Aus dem Chemnitzer Agitationsbezirk wird berichtet, daß am Sonntag, den 6. Januar, für die Orte Bilsch-Wikelsberg eine Parteiverammlung abgehalten wurde, die einen guten Geist verteilte. Die Verberufung des Herrn Stücklen ist ergebnislos geblieben. In Hahnestein-Ernstthal (15. Wahlkreis) wurde am 30. Dezember eine Ortsgruppe gegründet. Die Mitglieberschaft Chemnitz (10. Wahlkreis) hielt am 8. Januar eine Versammlung ab. Besuch und Verlauf waren glänzend. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. — Nach Entgegennahme der Abrechnung vom 4. Quartal und Erledigung der laufenden Vereinsgeschäfte nahm die Versammlung Stellung zu einer Reihe Artikel, die in der „Leipziger Volkszeitung“ und in der „Volkszeitung für das Rheinland“ in den letzten Wochen zum Abdruck gebracht wurden. Das Ergebnis dieser Debatte wurde zusammengefaßt in der nachstehenden, einstimmig angenommenen Resolution: „Die Chemnitzer Parteigenossenenschaft erhebt Protest gegen die Politik, die in den Artikeln A. Steins, Eduard Bernsteins und Thorenweins über die Taktik der russischen Volkswirtschaft in der „Leipziger Volkszeitung“ zum Ausdruck gebracht wurden. Diese Politik ist nicht nur eine Väterung des russischen Proletariats und seiner Beauftragten, sondern sie ruft in ihrer Wirkung nur Verwirrung beim deutschen Proletariat hervor. Der Protest soll der Zentralkomitee der Partei zur Kenntnis gebracht werden.“ Der Vorstand erhielt den Auftrag, sich mit den anderen Organisationen im Bezirk in Verbindung zu setzen, um die Schaffung eines Pressfonds in Angriff zu nehmen. Die nächste Mitgliebersversammlung soll noch im Laufe des Monats stattfinden, damit die Genossen ständig auf dem Laufenden bleiben.

Aus dem Wahlkreis Gießen—Grünberg—Ridda. Eine zum 30. Dezember von uns geplante öffentliche Versammlung scheiterte an den uns auferlegten Bedingungen, denen nicht entsprochen werden konnte. Aus diesem Grunde fand eine Mitgliebersversammlung statt, die von 100 Genossen und Genossinnen besucht war. Der vorgesehene Referent, Genosse Dr. Erdmann, konnte infolge der schlechten Bahnverbindung leider nicht rechtzeitig zur Stelle sein, weshalb Genosse Bedmann an seiner Stelle über Deutschlands Demokratisierung und Frieden referierte. Die Darlegungen fanden lebhaftige Zustimmung. Einige neue Mitglieder und Abonnenten für das Mitteilungsblatt wurden für unsere Sache gewonnen. Der Geist ist ein guter.

In Bilschheim bei Hanau fand am 9. Dezember im Gasthaus zum Grünen Baum eine gut besuchte Mitgliebersversammlung statt, in der Genosse Hoser-Berlin einen instruktiven Vortrag über „Das russische Friedensangebot und das russische Volk“ hielt und der beifällig aufgenommen wurde. Nachdem der Sekretär des Kreises, Gen. Schnellbacher, einige aufrührende Worte an die Versammelten gerichtet hatte, erfolgte der prächtige verlaufene Versammlung. In die Genossen am Orte ergab der Ruf: Auf an die Arbeit! Keiner stehe zurück und helfe mit an dem großen Werk, das die Menschheit erbeut aus Unterdrückung und Knechtschaft, aus Nacht und Finsternis. Empor zum Licht.

Die Partei Österreichs hat durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Bernerstorfer einen schweren Verlust erlitten. Bernerstorfer bildete bis 1897 mit dem Abgeordneten Kronewetter die Zweimännerpartei im Kurienhaufe und trat dann der Sozialdemokratie bei. Bernerstorfer stellte sich nach Ausbruch des Krieges auf den Boden der deutschen Regierungssozialisten, was nach seiner ganzen Entwicklung zu erwarten war.

Groß-Berliner Chronik.

Die Ausdehnung der Berufsvormundschaft bis zum 21. Lebensjahre hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 8. Januar beschlossen. Dieser Beschluss ist ein sehr weittragender. Bisher wurde ein städtischer Berufsvormund bestellt für alle nach dem 1. April 1912 in Berlin geborenen unehelichen Kinder. Die Berufsvormundschaft währte aber nur bis zum 6. Lebensjahre. Dann sollte der Einzelvormund an die Stelle des Berufsvormundes treten. Am 1. April 1918 wäre der Zeitpunkt gekommen gewesen, wo der Einzelvormund den Berufsvormund ablösen sollte. Das erweist sich aber ganz unmöglich. Einmal sind gar nicht soviel Einzelvormünder zu beschaffen, dann aber ist überhaupt zweckmäßig im Interesse der Kinder, daß der Berufsvormund die Vormundschaft bis zur Großjährigkeit behält.

Die Pflegeplätze für die in Familienpflege befindlichen Waisenkinder und Fürsorgezöglinge sind vom 1. Januar 1918 erhöht worden. Es werden gezahlt monatlich für

genesehende Säuglinge	40,— M.
Säuglinge in Sonderpflege	33,— "
Kinder im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	30,— "
Kinder von 1 1/2 bis 2 Jahren	30,— "
Knaben im Alter von 2 bis 3 Jahren	22,50 "
Knaben im Alter von 3 bis 14 Jahren	22,50 "
Mädchen im Alter von 2 bis 6 Jahren	18,— "
Mädchen im Alter von 6 bis 15 Jahren	19,50 "

Das Leichtkrankenhaus hat den Namen Krankenhaus Säuber erhalten. In dieses Krankenhaus sollen in Zukunft nicht nur Leichtkranke, sondern zur besseren Ausnutzung des Bettenbestandes Kranke aller Art Aufnahme finden.

Der Zweverband Groß-Berlin beschäftigte sich in seiner Vollversammlung am 7. Januar mit einem Antrag der sozialdemokratischen Verbandsvertreter, den Verbandsausschuß zur größten Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Fiskus wegen banklicher Erschließung fiskalischer Ländereien zu Kleinbauverhältnissen aufzufordern. Der Antrag wurde angenommen. In der Debatte sprach auch der neue Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Herr von Loeßel, der die Regierung und besonders das Landwirtschaftsministerium gegen die von Heimann erhobenen Angriffe zu verteidigen suchte. Siedlungsgenossenschaften sollen gegründet werden, allerdings erst nach Zustandekommen des Wohnungsgesetzes, an denen sich der Staat mit Kapital beteiligen soll, wenn die Gemeinden das wollen. Da wird nicht viel daraus werden. Soweit wir unterrichtet sind, soll das fiskalische, nach Berlin eingemeindete Gelände in der Jungfernhalde solchen Siedlungsgenossenschaften überlassen werden. Dort soll nach einem kürzlich aufgestellten Bebauungsplan eine geräumige Bebauungsweise Platz greifen.

Gemeinschaftliche Lebensmittelkarten in Groß-Berlin. In der letzten Sitzung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin wurde beschlossen, in der Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar insgesamt 600 Gramm Nahrungsmittel auf den Kopf der Allgemeinbevölkerung auf die noch auszubehobende gemeinschaftliche Lebensmittelkarte, sowie 50 Gramm Nahrungsmittel an Jugendliche vom 8. bis 17. Lebensjahre auf die künftige gemeinsame Karte für Jugendliche zu verteilen. Die Abschnitte der beiden Lebensmittelkarten werden von den einzelnen Gemeinden besonders aufgerufen werden. Die Nahrungsmittel, die der Lebensmittelverband fest zum ersten Male anspricht, bestehen vorläufig in der Hauptache in Grieß, Graupen und Grütze. Vom 16. Januar ab werden demnach Nahrungsmittel nur auf die gemeinschaftliche Lebensmittelkarte erhältlich sein. Zum Lebensmittelverband gehören fast alle Gemeinden, die in der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft vertreten sind.

Seinen Schwiegervater erschossen hat in Neukölln ein 24 Jahre alter Arbeiter, der seine zu ihren Eltern zurückgekehrte Frau sprechen wollte, als dieser ihm den Zutritt zu seiner Wohnung verwehrte. Der zunächst stützig gewordene Täter konnte am nächsten Tag festgenommen werden. Er will die Tat in der Trunkenheit begangen haben.

Ein polnischer Arbeiter hat sich in Neukölln in Gemeinshaft mit seiner Geliebten mit Gas vergiftet.

Einen großangelegten Schwindel hat ein Kaufmann Alfred Wille dadurch verübt, indem er einer Meier Firma Ziegelsteine statt Nähgarn sandte und dadurch die Firma um 43.000 Mk. betrog. Er bekam dafür 4 Jahre 2 Wochen Gefängnis.

Beschränkungen im Berliner Vorortverkehr treten mit dem 18. Januar in Kraft. In Frage kommt der Sonntagsverkehr auf den Strecken Erkner-Potsdam, Berlin-Königs-Wusterhausen, Schleißer Bahnhof-Strausberg, Berlin-Rauen, Berlin-Berlin-Berlin-Neuenhagen, Berlin-Drantsburg, Berlin-Großlichtersfeld-Dh, Berlin-Bohnen und Berlin-Berder. Die Zahl der ausfallenden Züge beträgt auf einzelnen Strecken bis zu fünfzig.

Die neueste Klamme der Regierungssozialisten. Im lokalen Teil des „Vorwärts“ ist zu lesen:

„Wer denken kann, weiß, daß jeder Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören muß! Wer sich also zu den denkenden Arbeitern rechnet, der schreibe auf einen Zettel
„Ich erkläre meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei.“
darunter seinen Namen, Stand und genaue Adresse, und sende diesen Zettel sofort an Theodor Fischer, Berlin SW., Lindenstr. 3.“
Wer denken kann, weiß, daß die Herren Regierungssozialisten keine Politik machen, die im Interesse der Klassenbewußten Arbeiter liegt; der weiß, daß die Herren sich gerade jetzt in einer Situation befinden,

aus der sie weder aus noch ein wissen. Ist ihnen auch ganz recht!

Die Tragödie eines Gelehrtenpaares. Die bei ihren Eltern in Neukölln, Guldstraße 1, wohnenden 17- und 18-jährigen Handlungsgelübten Waldo und Lucre Schmitz wurden Dienstag früh tot aufgefunden. Beide hatten Montag abend ein Kino besucht und sich dann durch Einatmen von Gas vergiftet. Als die Eltern am Dienstag früh die Rüge betrauten, fanden sie ihre Töchter, von denen eine noch den Gaskalender im Munde hatte, auf dem Fußboden liegend. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Urhabe, die die Schwestern zu der Tat getrieben hat, ist unbekannt.

Der Tod hat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung reiche Ernte. Keine Sitzung vergeht, in der der Vorhänge nicht einem verstorbenen Mitgliede einen Nachruf widmen muß. In der vorigen Woche sind zwei Mitglieder gestorben: Wolderstyn und Barthelmann.

Wolderstyn hat sein Leben lang für die sozialistische Sache gewirkt. Unter dem Sozialistengesetz stand er in den vordersten Reihen. Aus Berlin ausgewiesen, hat Wolderstyn von Köln aus lange Zeit die Verbreitung des Züricher Sozialdemokraten besorgt. Nach Berlin zurückgekehrt, wirkte Wolderstyn im 2. und später im 1. Kreise. Die Genossen wählten ihn zum Stadtverordneten, in welcher Eigenschaft er auf den verschiedensten Gebieten sich betätigte. Wolderstyn war ein uneigennützigster, guter Mensch. Und wenn er auch nach der Trennung bei den Abhängigen blieb, so hindert uns das nicht, seiner Opferfreudigkeit für seine Ueberzeugung ehrend zu gedenken.

In dem Genossen Barthelmann verlor die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion ein eifriges Mitglied. Barthelmann, ein einfacher, schlichter Mensch, war stets auf seinem Posten. Er gehörte seit langen Jahren unserer Partei an. Rednerisch trat er zwar nicht hervor, er war aber ein Mann, auf den wir immer zählen konnten. Die Fraktion wie die Genossen werden den Verstorbenen in ehrendem Andenken behalten.

Aus der Zeit.

Die Schmerzen eines christlichen Patrioten. Im „Steglicher Anzeiger“ war in dieser „heiligen, gnadenbringenden“ Weihnachtszeit folgendes „Eingeklaubi“ zu lesen:

„Englands Affen: Wandert man durch die Hauptstrahlen von Steglitz, so fällt jedem Besucher der Blumenläden neben dem deutschen weihnachtlichen Tannenzweig leider etwas sehr Un-deutsches auf, woran doch verdient hingewiesen zu werden. Man weiß nicht: ist es Unwissenheit oder Mangel jeden Nachdenkens, daß hier das einzige Weihnachts-Symbol, das unser größter Feind, England, zur Weihnachtszeit auf seinem Tisch, an seinem Hause als Schmuck befestigt, in Massen ausgestellt und zum Kauf angeboten wird: die Mikeli! Ein Geschäft in der Nähe des Rathauses ist geradezu damit gepfeilt; vielleicht spricht man auch nur englisch in diesem?“

Ist nicht unsere Tanne, Edelkanne, Kiefer, viel schöner als diese leimgebende Mittelplanze, die als Schmarotzer in der Natur lebt? Müßen wir die englische Ersatzgeburt gerade zur Weihnacht nachaffen? Wo sich schon unsere Vorfahren zur Zeit der Wintersonnenwende um die Tanne sammelten.

Solche Täden müßten von uns gemieden werden, besonders zur Weihnacht im vierten Kriegswinter. Ein Feldgrauer.

Also auch am sogenannten Fest der Liebe lebt in dem Herzen des strammen Mädelchens nur blinder, blöder Wölfersack. Und an diese m deutschen Wesen soll die Welt denken!

Die Stadt Offenburg (Baden) hat einen Kommunalverband, der als eine der schärfsten Organisationen nach Einrichtung und Verwaltung im Lande in das Gerbere gekommen ist. Erst seit Juli dieses Jahres ist man in Offenburg dazu geschritten, dieser seit drei Jahren ohne jede kaufmännische Buchführung getriebenen städtischen Kriegsversorgung eine Grundlage zu geben, welche auch eine Kontrolle seitens der Bürgerschaft ermöglicht. Auf Verzeihen der Stadtverordneten wurde endlich im 4. Kriegsjahre eine Art Abrechnung zu dem über 3 Millionen betragenden Umsatz vorgelegt. Gegen diese notdürftige, unkaufmännische Bilanz wurde von sachmännlicher Seite der Vorwurf der künstlichen Krümmung ohne genügende rechnerische Grundlage (Bücher, Belege usw.) erhoben. Der Stadtverordnetenverband erklärte in der Bürgerausschußsitzung vom 18. Dezember, keinen Antrag zu der Vorlage des Stadtrates stellen zu können (Indemniß für die Kreditüberschreitung), da der Stadtverordnetenverband zur Prüfung der Grundlagen keine beschlußfähige Sitzung zusammengebracht hätte (!) Der Bürgerausschuß setzte deshalb die Beratung aus und beauftragte den Stadtverordnetenverband mit der Prüfung der vorhandenen Bücher, Rechnungen usw., um dem Ausschuss einen genauen Abschluss über die Behandlung dieser Minorität ohne gleichen zur Begutachtung zu verschaffen.

Am 27. Dezember fand aber schon wieder eine Ausschussitzung statt. Der Vorsitzende des Stadtverordnetenverbandes empfahl namens seiner Kollegen und einiger beigezogener Stadtverordneten — Sozialdemokraten wurden nicht zur Mitprüfung zugelassen — die Annahme des Stadtratsantrages, da nach Prüfung der Bücher und Belege die Verantwortung übernommen werden könne gegenüber der Einwohnerchaft. In der Debatte beharrte ein kaufmännischer Stadtverordneter bei der früheren scharfen Kritik an der unzulänglichen Unterlage. Es fehlte die Bücherkontrolle. Endlich erhob sich der Stadtverordnete W., der offizielle Leiter der Wirtschaft des städtischen Kommunalverbandes, und erklärte: Die Bücher für das ganze Geschäft vor dem 1. Juli d. J. liegen in seinem Privathause, kein Mensch habe sie noch eingefordert oder eingesehen.

Allgemeine Stille der Enttäuschung und innerer Entrüstung! Rechtsanwalt Dr. Bombach und Genosse Adolf Geis forderten die Zurückweisung der Vorlage behufs Durchsicht der Geschäftsbücher des Kommunalverbandes. Das Verlangen löste die Ausschuffmehrheit ab und gewährte dem Stadtrat die Bewilligung der Kreditüberschreitung gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und des nationalliberalen Führers Dr. R. Die Regierungssozialisten stimmten mit der Mehrheit!

Als im Herbst der Reichstagsabgeordnete Ged-Mannheim mitteilte, daß der Aufbau der Partei (Ebertscher Richtung) im 7. Kreise hergestellt sei, wurde zugleich eine bevorstehende große Aktion der Dresdener Regierungssozialisten verkündet. Das Duzend versicherte sich seither „in der praktischen Arbeit“ sehr still und tat als abgesonderte Fraktion im Ausschuss mit den Unabhängigen marschieren. Jetzt haben sie die große Aktion geliebt in Form des Berichtes auf die Prüfung einer Dreimillionenabrechnung fiskalischer Finanzverwaltung. Fern in „Rach mit den „Speichbürgern“!

Landrat und Kreisblatt. Der Landrat des Kreises Bremerörde hat der „Bremerörder Zeitung“ die amtlichen Anzeigen entzogen, weil das Blatt sich nicht der landrätlichen Zensur unterwerfen wollte. Jetzt rächt sich das Blatt durch folgende Notiz in der Nummer vom 1. Januar, indem es schreibt: „Wenn wir berücksichtigen, daß alle Lebensmittel rationiert, das heißt auf Karten abgegeben werden und so berechnet sind, daß nichts von ihnen zurückgelegt werden kann, dann muß es einen wundern, daß ganz erhebliche Mengen Lebensmittel vom Geschäftsführer der hiesigen Lebensmittelkette an den Landrat des hiesigen Kreises, Herrn Grubitz, geliefert worden sind. Wir wollen uns nur mit der Feststellung begnügen, was alles geliefert worden ist: 10 bis 15 Pfund Petroleum, 20 bis 25 Pfund Erbsen, 5 bis 10 Pfund Weizen, 24 Wäpfen mit Reis, 12 Pakete Malzkaffee, 18 Pakete Hontels Seifenpulver (R. M.), 12 Pakete mit Bonikornwürfeln und 12 Pakete Streichhölzer. Die Lieferung erfolgte am 18. Dezember 1917. — Demnach hätte der Herr Landrat ganz nett gekamferti.“

Was die Welt wissen muß. Die „Freiburger Volkszeitung“ regierungssozialistischer Observanz teilt der kammenden Lesewelt mit:

„Lahr. Traurige Zustände herrschen seit geraumer Zeit in der Wirtschaft zum Lahr hier. Es ist bereits wiederholt zwischen den Wirtschafts- und handwerklichen Auseinandersetzungen gekommen, die sich dieser Tage wiederholten. Diesmal ist auch die Mutter der Wirtschaft von ihrem beim Heere stehenden Schwiegerohn Abel zugerichtet worden. Leider findet man den Krieg nicht nur draußen, sondern auch in mancher inländischen Familie.“

Es wäre schön, wenn der Mi- und Nachwelt verschwiegen bliebe, daß Wirtschaftsleute sich etwamal handgreiflich auseinandergesetzt haben.

Wilk für die Hunde. Aus einer Fachzeitung für Hundezeitung gräbt die Rheinische Zeitung in Köln eine Anzeige aus, die für die Auffassung gewisser Kreise über unsere Nahrungsmittelversorgung höchst bezeichnend ist. In dieser Anzeige, die „einen Wurf von 65 Welpen“ anpreist, „hochbede“ Vieher mit feudalem Stammbaum, heißt es:

„Wegen meiner Einberufung hat sich in hochherziger Weise der Vorbesitzer des Votomotivparks Köln bereit erklärt, dem Wurf großzügig zuzuschauen, und stehen ihm hierfür täglich vier bis fünf Liter Pflanzmilch zur Verfügung. Die Welpen sind seitens Hart entwickelt und versprechen wiederum ganz vorzüglich zu werden. Die Abgabe der Tiere erfolgt erst nach einem Alter von acht Wochen, eine Maßnahme, die ich bei der Aufzucht im Interesse der Tiere wegen der mir zur Verfügung stehenden Milch getroffen habe. Preis eines Welpen 120 Mark. Anfragen sind zu richten an den Vorbesitzer des Votomotivparks . . . , Werkbundsanstaltung.“

4 bis 5 Liter Pflanzmilch für junge Hunde. Mit welchen Gefühlen werden dies die Mütter lesen, denen die Milch für die Kinder fehlt, und die Kranken, denen die Milch mangelt. Jedes Pflanzmilch ist frei zu haben, und die Aufzucht junger Hunde ist wohl von großer nationaler Bedeutung!

Höhlenbewohner.

Dieser Krieg vereint in sich modernste und urgeschichtliche Elemente. Die ringenden Millionenheere sind mit einer märchenhaften Kriegstechnik ausgerüstet — übertrifft, so daß infolge dessen die allgemeinen Lebensmöglichkeiten der Menschen so eingeengt sind, wie die unserer Vorfahren in grauer Vergangenheit. Je länger der Krieg dauert, die Verschränktheit für seine Zwecke forcierter, die wirtschaftlichen Kräfte verzehrt, desto markanter tritt diese Tatsache in die Erscheinung. Unser Nahrungsmittelspielraum wird Tag um Tag beschränkter und wir haften in Höhlen, als ob es weder Bauschnitt noch Hygiene gebe. Das eben ist das notwendige Widerspiel überspannter Kriegstechnik, deren vernichtende Wirkungen die leidenden Menschen zu primitivem Leben zwingen.

So recht eindringlich klar wurde einem dieses typische Kriegsbild im Bereiche der Chemin des Dames. Die natürlichen Verhältnisse und der Zufall haben in diesem Teil der französischen Front, von Caen bis weit in das Pariser Becken, dem Krieg unerschöpflich vorgeeignet. Die in großer Zahl vorhandenen Höhlen, alte unterirdische Steinbrüche, sind hien und drähen zu Massenquartieren tief unter der Erde geworden. Frankreich brach aus den Bergen Stalt- und Sandsteine, das Material, aus dem Dörfer und Städte, Gärten und Paläste erwachsen. Die so entstandenen Räume kamen dem Kriege von vornherein zu Gute. Und heute, im vierten Kriegsjahr, im Zeichen des Eisen- und Feuerhagels und der vernichteten Dörfer, findet in den bombensicheren Höhlen alles zum Kriegsführen notwendige Interieur: Menschen und Tiere, Kühen und Wagen, Depots und Magazine, ganze Armeen mit ihren Quartieren darin.

Rotdürftig, so weit diese Materialverschlingende Zeit es noch gestattet, ist das Innere der Höhlen mit modernem Wohnkomfort versehen: lange Reihen übereinandergebaute Drahtbetten, elektrisches Licht, Bänke und Tische. Es ist klar, daß bei unterirdischen Räumen von dieser großen Ausdehnung, ohne Tageslicht und geringe Luftzufuhr von Hygiene nicht gesprochen werden kann; der Krieg mit seinen eisernen Notwendigkeiten nimmt auf dergleichen Errungenschaften keine Rücksicht.

Wie soll ich das Leben selbst in der Höhle schildern? Die weiten Gänge und Seitenräume werden durch Mattenbänke ertüchtigt. Kühle, halbfeste, muffige Kellerluft erfüllt unverändert das Innere. In der Höhle aber ist geschäftiges Treiben, krabbelt und murmelt es überall. Hin und her bewegen sich die feldbaren Bewohner. Das Halbdunkel gestattet keine freie Bewegung, jeder macht den Eindruck, als läge er etwas schwer zu findendes. Da tasten sich mehrere vorwärts und fluchen macht einer mit der harten Kante eines Steinmessers unliebame Bekanntschaft oder zwei Umherirrende prallen unverhofft aufeinander: „Mensch — verflucht, paß doch uff.“ — „Du hörst bloß, hast Du watt gesehen?“ — Solche Szenen häufen sich jeden Tag. Andere sitzen, die klackernde, tropfende Kerze vor der Nase, schreibend, lesend, kartenspieland. Viele verbringen den größten Teil der freien Zeit, in Decken gehüllt, auf der Lagerstätte; so schläft und duselt man sich die Stunde weg.

Am trübsten ist es aber bestellt, wenn plötzlich die Birnen zu glühen aufhören, die ganze Höhle in schwarzem Dunkel liegt. Alles schimpft und flucht über diese Lichtmisere. Hier und da wird ein winziges Flämmchen sichtbar, Kerzen, Hindenburglampen; Taschenlampen blitzen. So vergehen oft Stunden — bis die Elektrizität sich unser wieder erbarmt.

Kommt man nach stundenlangem Aufenthalt in der Höhle ans Tageslicht, so steht man, wie der aus tiefem Schachte steigende Bergmann, von der blendenden Tageshelle minutenlang betäubt und verwirrt; die Augen können sich nur schwer an den plötzlichen Kontrast gewöhnen. Ebenso ist es umgekehrt, wenn man aus der Tageshelle in die Höhle zurückkehrt; es dauert eine Weile, ehe man sich an die Dämmerung gewöhnt.

Es ist sehr fraglich, ob mit dem Ende des Krieges die Höhlenbewohner wieder verschwinden werden. In beiden Seiten des Echemin des Dames ist jedes Haus, jede normale menschliche Wohnstätte in Trümmer gelegt. Der zurückkehrenden Bevölkerung wird kaum eine andere Wahl bleiben, als die Quartiere zunächst zu beziehen, welche der Krieg geschaffen hat.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, beginnt der Vortragszyklus des Genossen Frig Kunert über die Technik des Sprechens in Theorie und Praxis. Der erste Abend wird die Theorie des Vornsprechens (als Referent, Diskussionsredner, Rezitator usw.) behandeln. Die nächsten Abende werden praktische Übungen bringen.

Der Eintrittspreis für den Abend beträgt 20 Pf.

Dienstag, den 15. Januar, nimmt der Kursus des Genossen Eduard Bernstein über das Völkerrecht seinen Anfang.

Mittwoch, den 16. Januar beginnt der Kursus für Jugendliche, in dem Genossin Burm das Thema: „Von utopischen Sozialismus bis zum Kriegssozialismus“ behandeln wird.

Donnerstag, den 17. Januar beginnt der 2. Teil des Kursus des Genossen Ernst Däumig über die ökonomische und soziale Entwicklung Russlands.

Die Kurse umfassen 10 Abende. Das Hörgeld beträgt 1 Mk.

Der Kursus des Genossen Eichhorn über die Internationale während des Weltkrieges beginnt Montag, den 28. Januar.

Vom 13. Januar ab ist die Bibliothek der Schule wieder an allen Kursusabenden geöffnet und steht den Hörern sowie allen Mitgliedern der sozialdemokratischen Wahlvereine unentgeltlich gegen entsprechende Legitimation (Hörerkarte, Mitgliedsbuch usw.) zur Verfügung.

Aus den Organisationen.

Die Genossen des 5. Kreises haben in der Person des Genossen Wilhelm Lorenz einen schweren Verlust erlitten. Genosse Lorenz war in der dritten Abteilung lange Jahre tätig und war stets auf dem Posten. Die Genossen werden dem alten, bewährten Kampfgenossen in gutem Andenken behalten.

Röpenitz. Der Jahlabend findet am 16. Januar im Lokal des Gen. Kuba, Rest. „Nägerheim“, Kaiser Wilhelmstraße 29, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes, Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Niederhünnebeck. Mittwoch, den 11. Januar, Generalversammlung bei Deut, Dösselwerderstraße 6/7 Sennstraße. Die Genossen wollen für regen Besuch Sorge tragen.

Tempelhof. Am Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Reimer, Ordensmeisterstraße Nr. 57 eine Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl; 2. Diskussion. Genossen, erscheint alle vollständig in dieser Versammlung.

Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltung z.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 13. Januar, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Reutölln, Idealpassage, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminnenhofstr. 43 bei D. Bamp; Freireligiöse Versammlung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. G. Schmidt: „Voltaire.“ — Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr, bei Frig Wille, Sebastiansstr. 89: Mitglieder-Versammlung. — Mitgliedsliste ist vorzuzeigen.

In einer nachträglichen Weihnachtsfeier hatten sich die Genossinnen Noabits mit ihren Kindern am 28. Dezember zusammengefunden. Trotzdem nur schriftliche Einladungen ergangen, waren doch annähernd 300 Personen erschienen. Genossin Lindemann hatte es übernommen, das Programm des Abends mit Kindern und Jugendlichen einzustudieren. Nach einem Prolog, gesprochen von einer Jugendgenossin, erklangen alte, stimmungsvolle Weihnachtslieder, gesungen von einem gut eingebübten Kinderchor, begleitet von den Mandolinen vier jugendlicher. Es folgten ein paar kleine Theaterzettel, ebenso passende Gedichte, Reigentänze, alles von Kindern ausgeführt. Große Freude erregte eine Kinderpolonaise mit Bonbonverteilung. Zum Schluß sangen die Kinder noch das zeitgemäße ungedichtete Lied an den Tannenbaum. Alle Darbietungen klappten vorzüglich und die Teilnehmer waren des Lobes voll über das Darzubotene. Die großen wie die kleinen Mitwirkenden machten ihre Sache ausgezeichnet dank der guten Regie. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit wurde durch diesen Abend wieder gefördert. Auf Wunsch sei das Lied hier wiedergegeben:

Weihnachtslied der Noabiter Naugen.

O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie grün sind deine Blätter,
Du grünst nicht bloß in Valensee, ne och bei uns am Strand der Spree,

O Tannenbaum, o Tannenbaum, bloß früher warste netter.
O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie alle nach dir tiken.
Ich seh mir nich uf deinen Nit, weil du so vilke Nadeln hast.
O Tannenbaum, o Tannenbaum, id könnte mir sonst pikn.

O Tannenbaum, o Tannenbaum, et is man mih mit Lichte.
Det Stid det kostet ene Mark und dabei sind sie nich mal stark;
O Tannenbaum, o Tannenbaum, tripp mir nich ins Gesicht.

O Tannenbaum, o Tannenbaum, schön bis hinauf zum Stiebel,
Wenn still man deiner Sprache lauscht und dabei trockne Stullen knautscht;
O Tannenbaum, o Tannenbaum, weent man och ohne Zwiebel.

O Tannenbaum, o Tannenbaum, du echt Berliner Pflanze;
Blüh uns noch oft zur Winterzeit, zur schönen Weihnachtszeit wie heut;
O Tannenbaum, o Tannenbaum, in echtem Friedensglaube.

Friedrichshagen. Am 26. Dezember 1917 (2. Weihnachtsfeiertag) fand in Friedrichshagen, in Conradts Festfälen ein heiterer Kunstabend unserer Organisation statt. Die Genossen hatten durch rege Beteiligung ihr Interesse für denselben kundgegeben. Wenn auch nicht alle Darbietungen so ausfielen, wie es gewünscht wurde, so können wir doch sagen, daß im großen und ganzen der Abend seinen Zweck erreicht hat. Von den vielen hundert Besuchern, welche sich dazu eingefunden hatten, wäre es aber von Interesse, wenn sie auch bei allen Gelegenheiten, die unsere Organisation darbietet, ihr Interesse durch recht rege Beteiligung kundgeben würden. Leider haben wir oft erfahren müssen, daß gerade bei Zusammenkünften, wo es sich um Angelegenheiten des öffentlichen Lebens handelt, nicht die Beteiligung eine so rege war, wie sie sein müßte. — Wir stehen jetzt vor der Nachwahl in unserem Kreise, und wird ein jeder zur Mitarbeit gebraucht. Darum Parteigenossen Friedrichshagens rufen wir Euch zu: beteiligt Euch ebenso an unseren Arbeiten, wie es an jenem Tage der Fall war, wo wir Euch zur geselligen Unterhaltung gerufen haben. Unsere erste Aufgabe muß es jetzt sein, die Organisation durch Beitrittserklärungen und Mitarbeit zu kräftigen. Nicht abseits stehen und nur wenigen die

Arbeit überlassen. Alle Mann an die Arbeit für die Interessen des werktätigen Volkes, so daß wir am Tage der Nachwahl sagen können, unsere Arbeiten sind von Erfolg gekrönt.

Quittung.

Vom 1. November bis 31. Dezember 1917 gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein:

Von Gebr. Sch. Esch-Launus 25 Mk. und 150 Mk. Von Ostpreußen durch L. 298,18 Mk. Von Sch. Lettau 7,80 Mk. und 4,04 Mk. Von B. Spremberg 57,12 Mk. Von Borna-Begau durch R. 117,96 Mk. Von Groß-Berlin auf Sammelzettel 1400 Mk. Von O. Sulzbach 15 Mk. Von einem Soldaten in Fürth aus Sympathie mit den erschossenen Matrosen 3 Mk. Vom Niederrhein 600 Mk. Von H. Bitterfeld 1,05 Mk. Von O. G. 5 Mk. Von Sch. Lettau 7,80 Mk. Von Gera 200 Mk. Vom Niederrhein 298,03 Mk. Von H. Sommerda 25 Mk. Vom Niederrhein 405 Mk. und 78,10 Mk. Von Gustava 100 Mk. Aus Magdeburg 28 Mk. Von Kottner 1,08 Mk. Von H. Aschaffenburg 22,10 Mk. Von Schwarzenbach 8,20 Mk. Von Dachsenfurt 2 Mk. Von H. Fürth 14,80 Mk. Von Niederbarnim 1845,20 Mk. Von J. Weinheim 14,80 Mk. Von Stettin 30,99 Mk. Von Straßund 13,14 Mk. Von Uckermark 4,65 Mk. für Broschüren 4 Mk. Von E. Arnstadt 22,95 Mk. Von T. L. durch R. 1000 Mk. Von der preußischen Landtagsfraktion 500 Mk. Von B. R. Kobheim 5 Mk. Von D. Maschinengewehrabteilung 2 Mk. Von der Flugzeugwerft Staden Kranzüberschuß 6 Mk. Von 4 Genossen durch G. 1050 Mk. Von Miles 500 Mk. Von Walter 60 Mk. Von Franz K. im Felde 3 Mk. Von Aschaffenburg 23,93 Mk. Von Dr. A. F. 200 Mk. Von R. R. Buchholz 1 Mk. Von R. Rohnsdorf 2 Mk. Von Vangensalza 6,50 Mk. Von F. Quedlinburg 6,60 Mk. und 8 Mk. Von Erfurt 244,50 Mk.

Wilhelm Dittmann,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.
(Postcheckkonto 82287.)

2. Kreis. Friedenslisten 6529 und 6531 57,80 Mk., Telefonen W. 11.

Für Parteiwege: Kranzüberschuß der Arbeiter von Schwarzkopff 480 Mk.

Für den Pressefonds: Kranzüberschuß Koll. Krien 62,10 Mk., v. not. Arbeiter/Pausen/Pantrag b. Schwarzkopff, Schedewigerstr. v. 2. Kreis. 2 Mk. v. H. R. durch Schilling 5 Feldgrau durch Adamzel 6,50 Mk.

6. Wahlkreis. Ueberschuß der 19. Abt. vom Mitteilungsblatt für das Jugendheim 50 Mk. Ueberschuß der 8. Abt. vom Mitteilungsblatt für das Jugendheim 20 Mk. Vom Lesabend der 5., 6. und 7. Abt. gesammelt für das Jugendheim 50 Mk. Annoncenüberschuß der 18. Abt. für das Jugendheim 10,50 Mk.

Für den Pressefonds als Ueberschuß vom Mitteilungsblatt der 8. Abt. 80 Mk. Von den Arbeitern der K. G. W. Turbinenfabrik 75 Mk., 2. 6 Mk. Summa 160 Mk.

Für die U. S. P. von Hermann Worm durch Nehmsch, 6. Kreis, 8. Abt 5 Mk. Frauenabend bei Mittelstadt von Geschwister Zimmerling für U. S. P. 1,50 Mk. Summa 6,50 Mk. Insgesamt 188,50 Mk.

Kreis Nieder-Barnim. Von der Knorr-Bremse vom Ueberschuß der Kranzpende für A. Stadthagen 869,85 Mk. zu Wahlzwecken.

Redaktionschluß: Jeden Dienstag Abend.



Buchdruckerei

Maurer & Dimmick

5016, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets — Mitgliedsbüchern — Programmen sowie sämtlichen Drucksachen.



Unserem lieben Freund und Parteigenossen **Frig Zubeil** zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche senden
Die Mitglieder und Funktionäre der 5. Abteilung des 4. Reichstagswahlkreises.
J. A.: Emil Schulze.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 24. Januar 1918, abends 8 Uhr, im „Lehrer-Vereinshaus“, Alexanderstraße 41:

Fortsetzung der General-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.

Der Vorstand.

R. Junger. O. Schulze. W. Lamm. A. Virus. P. Müller.

Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

Der Aufsichtsrat.
J. A.: F. Gütter.